

Akademiegespräche im Landtag

Gerhart Baum

**Handlungsbedarf –
Die Gestaltung der freiheitlichen
Demokratie im 21. Jahrhundert**



Bayerischer
Landtag



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Gerhart Baum, 1932 in Dresden geboren, studierte Rechtswissenschaften in Köln. Nach dem Zweiten Juristischen Staatsexamen war er von 1962 bis 1972 Mitglied der Geschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Bereits in jungen Jahren begann er, sich politisch zu engagieren, und trat 1954 der FDP bei, deren engerem Führungszirkel er neun Jahre als stellvertretender Bundesvorsitzender angehörte. Ein strenger Parteisoldat war Baum, der bekennt, nicht immer FDP gewählt zu haben, aber nie. Innerparteilich wird er dem linksliberalen Flügel zugeordnet und steht für einen „sozialen Liberalismus“, der sich für Chancengleichheit und eine gerechte Vermögensverteilung einsetzt.

Von 1972 bis 1994 gehörte Gerhart Baum dem Deutschen Bundestag an. Ebenfalls ab 1972 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, bevor er 1978 zum Bundesinnenminister ernannt wurde – ein Amt, das er bis zum Ende der sozialliberalen Koalition 1982 bekleidete. Seit dem Ausscheiden aus dem Bundestag 1994 ist Baum als Rechtsanwalt tätig. Daneben übte er verschiedene Funktionen für die Vereinten Nationen aus, unter anderem als UNO-Beauftragter für die Menschenrechte im Sudan.

In Mittelpunkt seines politischen und publizistischen Wirkens sowie seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt steht das Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit, wobei er sich als engagierter Verteidiger der Bürger- und Menschenrechte profiliert hat. Als Beschwerdeführer hat Gerhart Baum – unter anderem zusammen mit Burkhard Hirsch und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – mehrere Urteile des Bundesverfassungsgerichts gegen grundrechtsrelevante Gesetzesvorhaben erstritten, etwa gegen den sogenannten Großen Lauschangriff (2004), das Luftsicherheitsgesetz (2006) und die Vorratsdatenspeicherung (2010).

**Akademiegespräche
im Bayerischen Landtag**

Gerhart Baum

**Handlungsbedarf – Die Gestaltung
der freiheitlichen Demokratie
im 21. Jahrhundert**

Veranstaltung vom 6. Dezember 2016

Inhalt	Seite
Grußwort Inge Aures, Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags	7
Einführung Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing	11
Vortrag Gerhart Baum, Bundesminister a.D.	17
Diskussion	33



**Grußwort von Inge Aures,
Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags**

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie alle sehr herzlich willkommen heißen zum 53. Akademiegespräch und ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich gekommen sind.

Zunächst einmal darf ich Sie gemeinsam mit meinem Kollegen aus dem Präsidium, Vizepräsidenten Peter Meyer, begrüßen. Wir freuen uns sehr, dass Sie diese Einladung angenommen haben, und dürfen Ihnen natürlich herzliche Grüße von unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm überbringen, die leider heute anderweitige Verpflichtungen hat, aber uns beide gebeten hat, hier ihren Part mit zu übernehmen. Ich hoffe, Sie sind auch mit uns einverstanden.

Ich freue mich sehr, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament gekommen sind. Ich darf zunächst einmal für die SPD-Fraktion Dr. Paul Wengert und Kathi Petersen begrüßen. Ich darf für die FREIE WÄHLER-Fraktion Dr. Leopold Herz begrüßen und für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Kerstin Celina – herzlichen Dank auch, dass Sie heute Abend mit dabei sind.

Einen Herrn begrüße ich ganz besonders, der in den letzten Tagen stets an meiner Seite war: Sehr verehrter Herr Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, lieber Herr Küspert, herzlichen Dank für Ihr Kommen heute. Wir hatten ja letzte Woche wunderbare Festtage. Ich denke, die können wir heute fortführen.

Ein herzliches Grüß Gott gilt auch allen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen, die heute gekommen sind. Ich begrüße ganz besonders herzlich die ehemalige

Bundesjustizministerin Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Wir freuen uns sehr, dass Sie heute Abend auch mit von der Partie sind.

Einen möchte ich ganz besonders herzlich begrüßen, nämlich den Hausherrn – Sie, sehr geehrter Herr Beißer, als Vorstand der Stiftung sozusagen der Chef des Maximilianeums. Herzlichen Dank, dass auch Sie heute Abend mit dabei sind.

Wir haben eine lange Reihe von Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, die ich alle ganz herzlich willkommen heiße, ebenso die Damen und Herren aus den Ministerien, den Behörden und die Vertreter des Konsularischen Korps. Natürlich sind heute die Gerichte vertreten, die Universitäten, Hochschulen und Akademien. Ebenfalls sind heute Verlage vertreten, die Vereine und Verbände, sowie natürlich auch die Medien. Sie alle sind sehr herzlich bei uns im Bayerischen Landtag willkommen, um heute aktiv an dieser schönen Veranstaltung mitzuwirken.

Natürlich heiße ich eine Dame ganz besonders herzlich willkommen: Sie, die Direktorin der Akademie für politische Bildung, Tutzing, Frau Professorin Ursula Münch. Ich denke, es ist eine gute Tradition und es ist schön, dass Sie heute hier sind und natürlich auch unseren Gast vorstellen. Aber unabhängig davon, dass Sie noch näher darauf eingehen werden, möchte ich es natürlich nicht versäumen, den ehemaligen Bundesminister des Innern – Sie, sehr verehrter Herr Baum – sehr herzlich im Bayerischen Landtag zu begrüßen, auch insbesondere im Namen unserer Präsidentin Barbara Stamm. Seien Sie herzlich willkommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gehören neben der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte die Volkssouveränität und die Gewaltenteilung, das Mehrparteienprinzip und vor allem die Chancengleichheit aller politischen Parteien. Willi Brandt hat in seiner ersten Regierungserklärung am 28. Oktober 1969 folgende Sätze geprägt: „Wir wollen mehr Demokratie wagen. Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert.“

Ich denke, meine Damen und Herren, diese Worte passen sehr genau zu dem heutigen Thema. Es geht um die Gestaltung der freiheitlichen Demokratie im 21. Jahrhundert und den damit verbundenen Handlungsbedarf, der heute Abend analysiert und vor allem zur Diskussion gestellt werden soll. Dass dieses Nachdenken erforderlich ist, sieht man besonders an den Ereignissen der letzten Tage, an den Ereignissen und Entwicklungen in den letzten Wochen und Monaten. Das hat uns alle sehr beschäftigt und ich greife nur exemplarisch einige Gedanken und Stichpunkte auf.

Nicht nur in Europa, sondern auch weltweit scheinen Populismus und autoritäre Kräfte auf dem Vormarsch zu sein. Wie können wir uns gegen antidemokratische, antipluralistische und illiberale Anfeindungen stark machen? – Das ist die Frage. Wir müssen uns aber auch fragen: Wie gehen wir damit um, dass manche Aspekte der direkten Demokratie Vor- und Nachteile mit sich bringen? Ich sage nur das Stichwort Brexit. Wie wägen wir hier sinnvoll ab?

Ein weiterer Aspekt: Die Digitalisierung und die zahlreichen Möglichkeiten der Mediennutzung liefern mittlerweile eine Fülle von Informationen – beinahe überall, jederzeit an jedem Ort und ganz gleich, zu welchem Thema. Deshalb ist zu beobachten, dass mit dieser Informationsflut zunehmend unkritisch umgegangen wird, dass immer weniger Quellenkritik betrieben wird. Und dass der Wahrheitsgehalt einer Aussage immer häufiger hinter dem Effekt einer Aussage zurücktritt. Nicht umsonst fiel die Wahl zum internationalen Wort des Jahres 2016 auf den Begriff „postfaktisch“. Wie gelingt es uns, auch in diesem „postfaktischen Zeitalter“ eine echte demokratische Diskussionskultur zu erhalten?

Liebe Gäste, das sind große Herausforderungen, denen wir uns als Gesellschaft alle miteinander, jeder an seinem Platz, stellen müssen, und es ist einfach so, dass diese politischen Entwicklungen unsere tägliche Arbeit beeinflussen. Deshalb ist der Bayerische Landtag genau der richtige Ort, um heute diese Diskussionen zu führen, und ich freue mich, dass wir den ehemaligen Bundesminister des Innern, Sie, sehr geehrter Herr Baum, als Gast haben. Ein erfahrener Beobachter, der sich die Zeit genommen hat, um gemeinsam mit uns zu diskutieren. Sehr geehrte Frau Professor Münch, nun überlasse ich Ihnen das Rednerpult. – Schön, dass Sie alle gekommen sind. Ich wünsche uns einen schönen und einen spannenden Abend.



**Einführung von Prof. Dr. Ursula Münch,
Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing**

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Aures,
sehr geehrter Herr Vizepräsident Meyer,

zunächst einmal ganz herzlichen Dank für diese freundliche Begrüßung und auch für die Einleitung zum Thema. Und natürlich ebenso herzlichen Dank für die Gastfreundschaft des Bayerischen Landtags.

Sehr geehrter Herr Baum, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Präsident Küspert, sehr geehrte Frau Leutheusser-Schnarrenberger – der ich den Kontakt zu Herrn Baum verdanke, dafür bedanke ich mich ganz herzlich –, lieber Prälat Wolf, sehr geehrte Damen und Herren: Willkommen zum Akademiegespräch im Bayerischen Landtag am Nikolaustag! Wir wissen zu schätzen, dass Sie diesen Abend hier mit uns verbringen.

Das Thema unseres heutigen Akademiegesprächs „Die Gestaltung der freiheitlichen Demokratie“ ist zweifelsohne ein klassisches Thema – ein klassisches Thema für gediegene Vortragsabende mit einem am Zeitgeschehen interessierten Publikum mit vielen Entscheidungsträgern aus unterschiedlichen Bereichen. Es wäre auch ein schönes Thema für politikwissenschaftliche Masterseminare und auch für feuilletonistische Grundsatzbeiträge, die dann zwar nicht von den Teilnehmern der Masterseminare gelesen werden, aber wenigstens von den Teilnehmern der gediegenen Vortragsabende – hoffe ich zumindest.

So erfreulich die Erfolgsgeschichte der freiheitlichen bundesdeutschen Demokratie war – und meines Erachtens auch immer noch ist –, so ging mit dieser Erfolgsgeschichte anscheinend auch eine gewisse Selbstzufriedenheit beim

Blick auf die freiheitliche Demokratie und ihre Gestaltung einher. Inzwischen ist die Selbstzufriedenheit, Frau Vizepräsidentin Aures hat es angesprochen, einer unverkennbaren Besorgnis gewichen. Und aus diesem Grund haben wir dem Titel des heutigen Akademiegesprächs im Bayerischen Landtag ganz bewusst das Wort „Handlungsbedarf“ vorangestellt. Wo und warum sehen wir Handlungsbedarf?

Ohne alarmistisch auftreten zu wollen, sind wir in Sorge um die Entwicklung unserer Demokratie. Wir sehen gewisse Herausforderungen und wir haben ein wenig die Zuversicht verloren, dass wir Demokraten diesen neuen Herausforderungen wirklich gerecht werden. Was meine ich, wenn ich von Sorgen um die Entwicklung unserer Demokratie spreche? – Damit meine ich weniger das Funktionieren unserer Institutionenordnung, auch wenn bei der Herrschaftslegitimation durch Wahlen, bei der parlamentarischen Entscheidungsfindung sowie beim Funktionieren des Parteienwettbewerbs das eine oder andere im Argen liegen mag und einer gewissen Anpassung und Veränderung bedarf. Aber das ist für eine Demokratie, die ja immer ein dynamisches System ist, ohnehin selbstverständlich. Wir alle wissen, dass die institutionelle Ordnung der Demokratie außerdem eng verbunden ist mit anderen Aspekten.

Erstens mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen: Wenn Teile der Bevölkerung sozial abgehängt sind oder sich zumindest so fühlen, dann beeinträchtigt das die Demokratie.

Zweitens: Demokratie bedarf eines öffentlichen Kommunikationsraumes. Angesichts von Digitalisierung und Vernetzung erleben wir aber, dass es mit diesem öffentlichen Kommunikationsraum etwas hapert; dass eine Fragmentierung dieser öffentlichen Diskurse stattfindet; und dass manche sogar von einer Hyperfragmentierung der öffentlichen Diskurse sprechen. Die Öffentlichkeit wird zunehmend ersetzt durch persönliche Öffentlichkeiten. Und auch das hat weitreichende Auswirkungen auf gesellschaftliche und politische Willensprozesse.

Drittens gehört zur Demokratie essenziell der materielle Rechtsstaat. Dieser beinhaltet eine Werteordnung, er bindet politische Entscheidungen an bestimmte Zielvorstellungen, er schützt Minderheiten vor der Diktatur der Mehrheit, und er beschränkt die Macht einzelner Akteure durch Gewaltenteilung. Doch unser materieller Rechtsstaat wird zunehmend vom Volk selbst herausgefordert, etwa dadurch, dass gelegentlich die Mechanismen der Gewaltenteilung durch den Wunsch nach starker Führung infrage gestellt werden. So äußerte beim

jüngsten sogenannten Sachsen-Monitor immerhin ein Viertel der Befragten volle Zustimmung zu folgender Aussage: „In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.“ Ein Viertel der Befragten hat dieser Aussage volle Zustimmung erteilt! Darüber hinaus äußerten sich sogar noch weitere 38 Prozent der Befragten zumindest wohlwollend gegenüber dieser Aussage. Der materielle Rechtsstaat wird auch dadurch vom Volk herausgefordert, dass gelegentlich parlamentarische oder auch verfassungsgerichtliche Einwände gegen direktdemokratisch legitimierte Entscheidungen nicht akzeptiert werden; dass das Volk für sich also beansprucht, immer das letzte Wort zu haben.

Viertens wird die freiheitliche Demokratie auch durch transnationale Akteure herausgefordert, und zwar durch Akteure, die sich der staatlichen Steuerung und Besteuerung entziehen können und entziehen, und damit die Verbindlichkeit politischer Entscheidung und der Rechtsordnung unterlaufen.

Diese Herausforderungen unserer freiheitlichen Demokratie treiben natürlich gerade auch die Akademie für Politische Bildung um. Dafür werden wir schließlich bezahlt. Mit seinem Akademiegesetz von 1957 hat der kluge bayerische Gesetzgeber auch dafür gesorgt, dass wir uns damit befassen und auch befassen können, weil wir das richtige Umfeld dafür haben: nämlich unsere Unabhängigkeit.

Diese Herausforderung von Demokratie und Rechtsstaat treibt uns, die Akademie für Politische Bildung, so sehr um, dass wir für das Jahr 2017, in dem wir das 60-jährige Bestehen der Akademie begehen werden, einen besonderen Themenschwerpunkt gewählt haben, und zwar das Thema „Mobilisierung der Demokratie“. Mit diesem Motto greift die Akademie den Titel einer Programmschrift von Waldemar von Knoeringen aus dem Jahr 1966 auf, an der auch einige damalige Akademiemitarbeiter beteiligt waren.

Wir sind uns der Ambivalenz dieses Mottos „Mobilisierung der Demokratie“ durchaus bewusst. Schließlich könnte die Mobilisierung der Demokratie ja auch die Mobilisierung antidemokratischer Kräfte umfassen, die die Demokratie auf demokratischem Wege auszuhöhlen trachten. Aber wir, die wir uns vor allem auch um die Mobilisierung derjenigen sorgen, die unsere freiheitliche Demokratie als Selbstverständlichkeit betrachten und die sich entsprechend leichtfertig verhalten, finden, das wäre nicht nur leichtfertig, sondern sogar töricht.

Deshalb mein Hinweis auf die drei Ds. Keine Sorge, wir bitten Sie nicht, das heutige Akademiegespräch mit Herrn Baum durch die 3D-Brille zu betrachten.

Mit dem Hinweis auf die drei Ds will ich vielmehr Ihre Aufmerksamkeit dafür wecken, dass Demokratie im Zeichen des demografischen Wandels und der Digitalisierung unserer zusätzlichen Aufmerksamkeit bedarf. Und damit zum Vortragenden des heutigen Abends.

Es ist mir eine große Freude und Ehre, dass wir den ehemaligen Bundesminister des Innern, Herrn Gerhart Baum, als Referenten für das heutige Akademiegespräch im Bayerischen Landtag gewinnen konnten, und ich darf Ihnen Herrn Bundesminister a.D. Gerhart Baum ganz kurz vorstellen. Ich fange, wie es sich für einen Abend im Bayerischen Landtag gehört, mit den bayerischen Bezügen von Herrn Baum an. Herr Baum ist in Dresden geboren und fühlt sich bis heute seiner Geburtsstadt sehr verbunden. Aber seine Mutter musste mit ihren drei Kindern Dresden nach der Bombardierung verlassen. Die Flucht führte die Familie über München-Schwabing an den Tegernsee, wo Herr Baum bis 1950 lebte, und zwar in einer Weise lebte, dass er heute noch sehr anschaulich davon erzählen kann, unter anderem von dem Schulweg, der damals in den Nachkriegsjahren auch den Weg über Teile des Sees mit dem Ruderboot beinhaltete. Das stelle ich mir sehr plastisch vor, und es war zumindest ein etwas anderer Schulweg, als der, den die heutigen Kinder in der Münchner U-Bahn mit dem Smartphone in der Hand verbringen.

Bereits während seines Studiums – Herr Baum hat am Tegernsee bis zum Jahr 1950 gelebt und ging dann zum Studium der Rechtswissenschaften nach Köln – engagierte sich Herr Baum politisch. Er trat 1954 in die FDP ein und stieg dann über den Bundesvorsitz der Jungdemokraten bis zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der FDP auf. Er gehörte von 1971 bis 1994 dem Deutschen Bundestag an und war von 1972 bis 1978 zunächst Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, und zwar unter den damaligen Bundesministern des Innern, Hans-Dietrich Genscher und dann Werner Maihofer, bevor er schließlich im Jahr 1978 selbst Bundesinnenminister wurde und dies bis zum Ende der sozialliberalen Bundesregierung im Jahr 1982 blieb.

Darüber hinaus engagierte sich Herr Baum in den und für die Vereinten Nationen. Er war zum Beispiel Chef der deutschen Delegation in der UNO-Menschenrechtskommission in Genf und außerdem UN-Beauftragter für die Menschenrechte im Sudan. Und vermutlich kennen Sie Herrn Baum auch als Buchautor. Wenn nicht – passend zur Weihnachtszeit –, noch mein Hinweis auf einen Band. Ich weise selten hier auf Bücher hin, aber dieses habe ich wirklich mit Gewinn gelesen: „Der Baum und der Hirsch: Deutschland von seiner liberalen Seite“. In diesem Band tauschen sich Gerhart Baum und Burkhard Hirsch über

Vergangenes und Gegenwärtiges aus, und zwar inhaltlich höchst anregend, sehr lehrreich. Man erfährt viel über die bundesdeutsche Zeitgeschichte, inspirierend und, ich würde sagen, geradezu unterhaltsam.

Und schließlich ist Herr Baum tätig als Rechtsanwalt. Seine anwaltliche Tätigkeit hinterließ wichtige Spuren im deutschen Rechtsstaat. Er hat verschiedene Urteile des Bundesverfassungsgerichts erstritten, und zwar gegen bemerkenswerte Gesetze, unter anderem gegen den sogenannten Großen Lauschangriff, gegen das Luftsicherheitsgesetz und auch gegen Teile der Vorratsdatenspeicherung. Damit haben er und seine Mitstreiter Bundesgesetze ganz oder teilweise zu Fall gebracht, weil diese Bundesgesetze ganz oder teilweise nicht mit dem Grundgesetz vereinbar waren. Zum Beispiel ging es um die Beschwerdeführung gegen das Luftsicherheitsgesetz. Ich zitiere Herrn Baum aus dem Buch: „Wir kamen zur Verkündung des Urteils und erhoben uns, 10.18 Uhr. Und in diesem Moment war das Gesetz weg. Einfach weg. Diese Möglichkeit bietet uns unser Rechtsstaat, den Gesetzgeber durch das Verfassungsgericht zur Ordnung zu rufen.“

Bei allem, was Herr Baum tut, als Politiker, als Publizist, als Rechtsanwalt – er ist unbequem. Er setzt noch immer alle Hebel in Bewegung, wenn es um den Schutz unserer bürgerlichen Freiheit, unserer Privatsphäre geht. Das mag uns, dem Publikum, gerade an einem Nikolausabend womöglich ein wenig anstrengend erscheinen. Aber ich bin der festen Überzeugung, unsere Demokratie braucht solche unbequemen Streiter, und deshalb sind wir froh, dass Sie heute Abend da sind, Herr Baum. – Danke.



**Vortrag von Gerhart Baum,
Bundesminister a.D.**

Meine Damen und Herren, vielen Dank für die freundlichen Begrüßungsworte. Sie beide, Frau Vizepräsidentin und Sie, Frau Professor Münch, haben ja schon einen Teil der Analyse geliefert, auf die ich eingehen werde. Wir sind in unsicheren Zeiten, meine Damen und Herren.

Übrigens, der „Sachsen-Monitor“ ist mir auch aufgefallen. Ich bin ja Sachse und ich bin in der Versuchung gewesen zu sagen: Na ja, das sind die Sachsen. Aber so einfach kann man es sich nicht machen, auch wenn Pegida ein sehr unerfreuliches sächsisches Phänomen ist. Wir hatten jetzt wieder eine Preisverleihung der „Friends of Dresden“, wie jedes Jahr in Dresden, wo wir die Dresdner auch etwas wegholen wollen von ihrem Selbstmitleid und sie aktivieren wollen für den Frieden in der Welt. Der erste Preisträger war Gorbatschow und im nächsten Jahr ist der Preisträger eine Initiative, die die Toten von Lampedusa auf Sizilien begräbt. Das ist eine ganz andere Facette des Elends, des Flüchtlingselends. Wir haben vor, mit großen Fotos 90 Gräber auf dem Opernplatz aufzukleben, ein imaginer Friedhof sozusagen, an dem Ort, wo die fremdenfeindlichen Hass-Demonstrationen stattfinden.

Ja, meine Damen und Herren, wir leben in sehr unsicheren Zeiten und als ich die Einladung angenommen habe, vor einigen Monaten, wäre einiges gar nicht in meinem Text vorgekommen. Es ist sehr viel passiert, wir müssen sehr viel verarbeiten. Die Hoffnung, die wir alle nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989 hatten, dass wir in ein Zeitalter des Friedens eintreten und der Versöhnung, ist nicht aufgegangen. Wir sind bitter enttäuscht worden. Eine neue Friedensordnung hat sich nicht entwickelt.

Hans-Dietrich Genscher hat bis zu seinem Tode immer auf die Charta von Paris 1990 hingewiesen. Kaum jemand kennt sie. Die Charta von Paris ist von den Helsinki-Staaten verabschiedet worden, sozusagen: Helsinki nach dem Zusammenbruch der Diktaturen Osteuropas, jetzt als eine neue Friedensordnung. In dieser Charta von Paris steht beispielsweise drin: Die Grenzen sind unverletzbar. Es muss Meinungsfreiheit herrschen, Informationsfreiheit, Unabhängigkeit der Gerichte, also all diese Werte, die wir für notwendig halten. Und Sie wissen selbst, wie einige Unterzeichnerstaaten, unter anderem Russland, aber auch andere, mit dieser Charta umgegangen sind.

Autoritäre Strukturen greifen um sich. Demokratie, Liberalität, Offenheit und Toleranz geraten weltweit in die Defensive. Die Menschen zweifeln an der Handlungsfähigkeit und der Handlungswilligkeit der Politik. Auch einfache Lösungen kann es nicht geben. Aber Politik und Macht driften auseinander. Nur schwer zu kontrollierende Player sind im Spiel: die Finanzmärkte. Wir erleben, wie Habermas dies analysiert: „eine ungesteuerte ökonomisch und digital zusammenwachsende Weltgesellschaft.“ Unsere Gesellschaften verlieren an integrativer Kraft. Ich habe mir so etwas vor einigen Jahren überhaupt nicht vorstellen können.

Unser Ziel nach dem Kriege war es – Sie haben meine politische Laufbahn erwähnt –, eine Demokratie aufzubauen. Das war ein langer Weg, und er war letztlich erfolgreich. Ich bin nach wie vor der Meinung: Wir leben bei allen Schwierigkeiten in einer geglückten Demokratie, so wie die Deutschen nie zuvor in ihrer Geschichte. Das Grundgesetz wurde durch Reformen in Staat und Gesellschaft zum Leben erweckt. Die Nazibarbarei wurde zum Thema – es gab bis heute keinen Schlusstrich. Als ich anfing, aktiv Politik zu machen, haben die Älteren von mir und meinen Freunden verlangt, nun endlich einen Schlusstrich zu machen. Nicht mehr darüber zu reden. Ich glaube, dass die Art und Weise, wie wir uns mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen, dieser Demokratie Stärke gibt und sie nicht schwächt. Der Frieden wurde bewahrt. Durch kluge Politik wurde die Einigung Deutschlands und Europas erreicht, indem man nämlich Vertrauen gebildet hat. Vertrauen nach Westen, Vertrauen nach Osten. Niemand hatte mehr vor Deutschland Angst, und so ist etwas erreicht worden, nämlich die Einigung Deutschlands und die Einigung Europas. Und nun stehen wir – ich gebrauche dieses Wort bewusst – mitten in einer Zeitenwende, und die setzt sich aus verschiedenen Facetten zusammen, die hier schon angeklungen sind.

Mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im Jahr 2008 begann es, dramatisch zu werden. Da hat die Politik nicht mehr steuern können. Es hat übrigens das

Internet eine große Rolle gespielt. In der Endphase haben die Computer das Geschehen sehr stark beeinflusst. Viele kleine Leute haben ihr Vermögen verloren, vor allen Dingen auch in den USA. Und das Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit der Politik hat abgenommen. Macht und Politik fielen auseinander. Die von uns Gewählten konnten nur noch den Schaden begrenzen. Und das kann, in welcher Form auch immer, meine Damen und Herren, jederzeit wieder passieren. Es wurde befürchtet nach dem Brexit, es wurde befürchtet im Zusammenhang mit der Wahl Trumps, jetzt befürchten wir europafeindliche Entscheidungen in einigen europäischen Staaten.

Wir sind noch mal davongekommen – aber auf sicherem Boden befinden wir uns nicht. Übrigens: Hier in Bayern ist der Senat abgeschafft worden – Herr Renzi ist das nicht gelungen. Er hat das allerdings auch sehr unklug mit anderen politischen Forderungen verbunden, sodass ich mich eigentlich nicht gewundert habe über das Ergebnis der Abstimmung in Italien.

Was passiert? – Flüchtlingsströme sind in Bewegung als Folge von Kriegen, als Folge von Armut und Hunger. Wir können und müssen die Ursachen bekämpfen. Aber machen wir uns keine Illusionen, meine Damen und Herren: Das ist kein vorübergehendes Phänomen. Klimaveränderungen bedrohen die Erde. Sie werden nun, da nichts mehr zu beschönigen ist, energischer angegangen. Was macht Trump in dieser Situation? Er hat wohl ein bisschen dazugelernt in den letzten Tagen. Er hat sich mit Herrn Gore unterhalten. Aber er bleibt ein unkalkulierbarer Politiker mit großen Charakterschwächen – eine Gefahr für den Weltfrieden.

Die Krise Europas: Zum ersten Mal ist dieses großartige Projekt in ernster Gefahr. Die fundamentalen Veränderungen – die Wirkung der IT-Revolution auf allen Feldern der Politik und unserer Gesellschaft; die neuartigen Formen der Kriegsführung, Cyberwar – bedrohen den Frieden und schließlich die Terrorismusgefahr, um nur einiges zu nennen. Wir befinden uns in unsicheren Zeiten und dies alles ist ein gefährliches, leicht zu kopfloser Panik führendes Gebräu – ein Tummelplatz für die Rattenfänger und die schrecklichen Vereinfacher.

Mit der Wahl Trumps droht ein weltweiter Paradigmenwechsel, zurück zum Egoismus der Nationalstaaten. In diesem Zusammenhang ist natürlich positiv zu erwähnen, dass das in Österreich nicht passiert ist. Eine große Erleichterung hat uns hier alle erfasst, dass offenbar Brexit doch abgeschreckt hat, und es doch wohl auch eine abschreckende Wirkung gibt, eine leichte, die von der Wahl

von Trump ausgeht. Möge sich das fortsetzen. Trumps Erfolg – das muss kurz analysiert werden – ist Ausdruck der Zerrissenheit und der Unsicherheiten in der amerikanischen Gesellschaft. Diese Wahl, diese Stimmung, diese Entwertung von Grundwerten wird Auswirkungen haben. Ich war kurz vor der Wahl in den USA und ich habe viele Leute gesprochen, die liberal denken wie ich, die es aber nicht über sich gebracht haben, Frau Clinton zu wählen. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen. Frau Clinton hat sehr viele Angriffspunkte geboten und ich bin aus New York zurückgekommen und habe meinen Freunden gesagt: Der Trump hat eine reelle Chance.

Ich möchte eine persönliche Erinnerung hier einflechten. Sie haben es schon angesprochen, Frau Münch: meine jugendliche Erfahrung mit Bayern. Ich habe im Grunde drei Heimaten: Bayern, der Tegernsee, gehört dazu. Ich fühle mich auch mit dieser Heimat verbunden, ich gehe zu Klassentreffen, ich bin auch von diesen 5 Jahren geprägt – wie das in solch jungen Jahren ja der Fall ist. Am Tegernsee erlebte ich den Einmarsch der amerikanischen Truppen. Wir waren voller Angst und Sorge, als über die Uferstraße die Panzer fuhren und die Infanterie einmarschierte. Wir haben dann die Befreiung von der Naziherrschaft unmittelbar miterlebt – auch die Auswirkungen im Ort. In der amerikanischen Zone, in der wir dann lebten, hatten wir großes Glück, insbesondere wenn man von den Erfahrungen hört aus der französischen oder britischen Zone, ganz zu schweigen von der russischen Zone. Es ging uns relativ gut und – das ist ganz wesentlich, meine Damen und Herren – die USA vermittelten uns die Werte der Demokratie. Die „Neue Zeitung“, die ersten Exemplare der „Süddeutschen Zeitung“ – das ganze Klima, auch hier in München, das geistige Klima wurde sehr stark von diesen Werten bestimmt und die USA waren für mich seither in meinem Bewusstsein die Garanten der Freiheit und der Demokratie. Ich möchte ausdrücklich sagen, dass ich die Überzeugung nicht aufgeben werde, dass die Amerikaner heute noch wirklich eine Demokratie sind, ein Rechtsstaat, bei allen Verirrungen, die dort stattfinden, aber sie sind eine Demokratie. Im Grunde ist die amerikanische Demokratie unser einziger natürlicher Partner als die europäische Wertegemeinschaft, und wir sollten uns von einem törichten Antiamerikanismus hüten, bei aller Kritik, die wir vorzubringen haben.

Die Frage, die sich jetzt stellt in Bezug auf die Amerikaner, die wichtigste Frage in meinen Augen, ist die Gefahr, die von Trump ausgeht in Bezug auf die Außenpolitik. Was macht dieser Mann in diesem empfindlichen Gefüge der Außenpolitik? Werden die Amerikaner die Führungsrolle in der freien Welt noch wahrnehmen? Werden sie begreifen, was die Nato bedeutet? Werden sie begreifen, was das Iran-Abrüstungsabkommen bedeutet für die Verhinderung der atomaren Rüstung in der Welt? – Das ist ein ganz großer Unsicherheitsfaktor.

Trump hat Dämme niedergerissen, bisherige Konsense zerstört, bisher Unsagbares gesagt und Tabubrüche sind Methode geworden. Er hat etwas befriedigt, was ich auch schon angesprochen habe: die Sehnsucht nach dem starken Mann, nach der starken Hand, nach einfachen Lösungen – „Da muss es doch eine Lösung geben.“ Er hat einfach Lösungen in den Wind gesprochen. Es war jetzt vollkommen egal, ob die von Fakten gestützt waren oder nicht. Er hat damit viele Menschen erreicht, denn in der amerikanischen Gesellschaft spielt etwas eine Rolle, was wir vielleicht unterschätzen: die Rolle der abstiegsgefährdeten Mittelschichten. Das ist ein Phänomen, das wir jetzt auch hier in Europa erleben, und was dort ganz massiv festzustellen ist. Diese Menschen hat Trump erreicht, und Bernie Sanders, den ich für seine Kampagne bewundert habe, hat ja Millionen junger Menschen mit Thesen begeistert, die im Grunde eine Stärkung der Marktwirtschaft bedeuten haben. Das ist kein Sozialist, der verstaatlichen wollte. Der wollte eine soziale Marktwirtschaft, wollte den jungen Leuten Chancengleichheit vermitteln in Amerika, damit sie nicht Unsummen für ihre Bildung ausgeben und dann mühsame Rückzahlungen über Jahre hinweg auf sich nehmen müssen. Dieser Bernie Sanders hat jetzt gesagt, dass er Trump unterstützen wird, wenn er ernsthaft dazu übergeht, diese Mittelschichten aus ihren Ängsten und aus ihrer Misere herauszuholen. Mich hat sehr beeindruckt, was Schäuble vor einiger Zeit gesagt hat: „Die USA ist mehr eine Plutokratie des großen Geldes als eine Demokratie.“ Und das spürt man schon an der Art und Weise, wie Wahlkampf gemacht wird: Da muss man Millionär oder Milliardär sein, um überhaupt noch mitzuwirken.

Meine Damen und Herren, es gibt für Populismus und Extremismus unübersehbare Signale auch in unserem Land und die sind nicht neu. Wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass es solche Signale gegeben hat. Ich zähle einige auf:

Das Demoskopische Institut Allensbach hat durch kontinuierliche Untersuchungen über Jahre hinweg nicht nur eine Parteienkritik festgestellt, sondern eine wachsende Politikerverachtung. Ein relativ großer Anteil der Befragten ist der Meinung, die Politiker streben nur nach ihrem eigenen Wohl und leisten keinen Dienst am Gemeinwohl. Ein schrecklicher Befund! Das ist ja nicht richtig, wie wir alle auch aus unserer Lebenserfahrung wissen. Aber dass viele Menschen diese Auffassung haben, muss uns doch wirklich erschrecken. Die Zahl der Nichtwähler ist dramatisch angestiegen. Die Krise der repräsentativen Demokratie ist zu nennen. Und ganz wichtig: Das Bielefelder „Institut für Gewalt- und Konfliktforschung“ analysierte zehn Jahre lang „deutsche Zustände“. Das können Sie nachlesen

in einem kleinen Suhrkamp-Band. Das Institut hat die rechtspopulistischen Meinungen in neuen Milieus untersucht und hat festgestellt, dass rechtspopulistische Meinungen in neue Milieus des Bürgertums eingedrungen sind. Die Untersuchungen führten zu dem Ergebnis, dass eine deutliche Tendenz zu einer zunehmenden Verrohung von Teilen der Mittelschichten – über zehn Jahre lang ein kontinuierlicher Prozess – festzustellen ist. Und der neue Leiter des Instituts hat vor wenigen Tagen gesagt, dass bei 28 Prozent unserer Mitbürger eine Neigung zum Extremismus festzustellen ist. Wir haben es also nicht nur, meine Damen und Herren, mit den lauten Pöblern auf dem Opernplatz in Dresden zu tun, sondern mit Bürgern, die mit diesen Tendenzen sympathisieren und nun langsam auch in Wahlen sichtbar werden. Das erinnert entfernt, ganz entfernt, an Weimarer Zustände, obwohl wir natürlich solche Zustände nicht haben, aber es erinnert an manche Analysen, die am Ende der Weimarer Zeit zum deutschen Bürgertum angestellt worden sind.

Ich möchte auch noch die für mich erschreckende Zustimmung zu den Büchern eines Mannes, der Sarrazin heißt, nennen. Ich bin gestern in Berlin wieder angesprochen worden auf einen Auftritt von Sarrazin hier in München, wo er mit Gabor Steingart diskutiert hatte – ich glaube im Literaturhaus – und wo Gabor Steingart bei seinem Widerspruch gegenüber Sarrazin niedergebrüllt worden ist.

Es sind Signale, meine Damen und Herren, die alle vor der Flüchtlingskrise von 2015, vor dem Zustrom der Flüchtlinge, schon sichtbar waren und jetzt sich Bahn gebrochen haben und uns beschäftigen. Nun, wir sind diesen Entwicklungen nicht wehrlos ausgesetzt und wir müssen und können die Zukunft gestalten. Wir befinden uns auf festem Boden – für mich ist das ganz entscheidend, auch für mein ganzes Leben –, wenn wir unser Grundgesetz wirklich leben und uns seinem sittlichen Leitprinzip verpflichtet fühlen, nämlich der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Und das ist ja bekanntlich nicht nur eine schöne Erklärung, sondern sein Auftrag. Ein Auftrag an die Politiker, ein Auftrag an die Gesellschaft, die Unantastbarkeit der Menschenwürde sicherzustellen. Ich meine, das ist das Licht, das uns in dunkler Zeit den Weg erhellt. Das Grundgesetz ist die geronnene Erfahrung unserer Geschichte, eine Reaktion auf die deutsche Barbarei. Rassismus führte zum Holocaust. Und die Situation heute ist mit dem Grundgesetz überhaupt nicht vereinbar und in dem Rassismus, der bereits zum Holocaust führte, ist ja auch, wenn man sich das genau ansieht, wieder ein Stück Antisemitismus verborgen. Man kann sich, meine ich, nicht locker damit trösten, dass es in allen Gesellschaften solche Tendenzen gibt. Ich meine, wir Deutsche haben einen Anlass, einen berechtigten Anlass, sie besonders intensiv zu bekämpfen.

Das Ziel des Grundgesetzes ist die Freiheit. So wenig Unordnung erstrebenswert ist, die Ordnung kann kein Staatsziel sein. Ich habe beobachtet, dass eine Partei hier in Bayern jetzt Ordnung zu einem Programmziel erhoben hat, „Ordnung first,“ sozusagen. Ordnung ist natürlich wichtig, aber Ordnung ist kein Staatsziel. Die Freiheit ist ein Staatsziel. Die Messlatte sind eben immer Freiheit und Menschenwürde. Das gilt auch für die Bekämpfung der Kriminalität und der terroristischen Gewalt. Wir, die Bürger dieses Landes, sind die Träger dieser Gesellschaft. Der Bürger ist nicht um des Staates willen da, sondern der Staat ist um seiner Bürger willen da. So sollte übrigens auch eine Zeit lang bei den Beratungen über das Grundgesetz der Artikel 1 lauten. Wenn unsere Freiheit eingeschränkt werden soll, so hat der Staat uns zu beweisen, uns zu begründen, warum er das tut, und in unserem privaten Leben hat der Staat nichts zu suchen. Es sei denn, wir geben einen triftigen Anlass oder es gibt in der Gesellschaft einen triftigen Anlass. Es gibt kein Grundrecht auf „Innere Sicherheit“. Alle Entscheidungen müssen auf die Freiheit bezogen werden, auch diejenigen, die uns gegen Bedrohungen von außen zu schützen haben. Alle Maßnahmen müssen wirklich notwendig, effektiv und verhältnismäßig, also verfassungskonform sein, und es sind die Täter, auf die wir uns konzentrieren müssen – nicht wir, die unbescholtenen Bürger, sollten die Objekte eines Präventionsstaates sein.

Angst hat in unserer Gesellschaft eine zerstörerische Kraft. Wer glaubt, sie immer wieder mit Symbolhandlungen, also mit immer neuen Regelungen bekämpfen zu können, der täuscht seine Wähler. Denn: Freiheit ist ohne ein Mindestmaß an Risiko, meine Damen und Herren, nicht zu haben. Natürlich müssen Polizei und Justiz ihre Mittel einsetzen. Aber es muss noch etwas hinzukommen, was lange vernachlässigt worden ist: nämlich Prävention. Gewalt entsteht in den Köpfen. Es ist eine schwierige, eine unverzichtbare Aufgabe, junge Menschen von Gewalt abzuhalten und, im Falle einer Verführung, sie wieder in unsere Gesellschaft zu integrieren. Angst, vor allem unberechtigte Angst, vergiftet unser Leben. Sie muss in dieser Gesellschaft stärker moderiert werden. Wir müssen uns dem Phänomen der Angst, den Ursachen der Angst widmen und da gibt es hervorragende Untersuchungen. Die Politiker werden da nicht allein gelassen. Sie können sich mit Psychologen beraten, was Angst im Leben des Menschen bedeutet. Es gibt Urängste, Ängste die gar nicht verschwinden, aber Angst muss moderiert werden und Angst muss gebändigt werden.

Fremdenfeindlichkeit und religiöse Intoleranz stehen im Widerspruch zu den Werten des Grundgesetzes und damit sind wir beim Flüchtlingsproblem. Brecht schrieb einmal, der Flüchtling ist ein Bote des Unglücks, er bringt uns also die Nachrichten aus Regionen, vor denen wir am liebsten die Augen verschließen,

Regionen des Unglücks, Krisenländer. Der Flüchtling wird sehr leicht zum „Sündenbock“. Der bedeutende Soziologe Zygmunt Bauman, den ich in den letzten Jahren immer wieder lese, sagt dazu: „Der Sündenbock“ – der Flüchtling – „erleichtert das beunruhigende und demütigende Gefühl unserer Hilfslosigkeit und existenziellen Unsicherheit, dem wir alle in der flüssigen Welt ausgesetzt sind. Die aufgestaute Angst vor dem Unbekannten sucht nach Ventilen.“ Wir müssen uns fragen, wir müssen hinterfragen, wo diese Fremdenfeindlichkeit ihre Wurzel hat.

Weder die Flüchtlinge noch der Islam, meine Damen und Herren, sind eine Bedrohung für unser Land. Ich würde das Phänomen auch nicht „politischer Islam“ nennen, wie das hier in Bayern manchmal geschieht. Die Bedrohung geht von einem freiheitsbedrohenden Islamismus aus. Es sind kleine gewaltbereite Gruppen und Einzeltäter. Das ist eine Gefahr, das soll nicht beschönigt werden, aber wir leben nicht im Ausnahmezustand, meine Damen und Herren. Was Frankreich gemacht hat, haben wir Gott sei Dank nicht gemacht. Frankreich normalisiert zurzeit einen Ausnahmezustand, der gegen Wertgrundsätze geht, die die westliche Welt prägen. Dort wird der Abbau rechtsstaatlichen Schutzes zur Normalität und wir sollten auf unsere Weise versuchen, alles zu tun, um Fremdenangst zu überwinden. Ich habe mal in einer Talkshow gefragt, wie man das macht. Dann hat mir der dort anwesende Psychologe erwidert: Indem man die Fremden kennenlernt, indem wir mit ihnen reden, indem wir sie als Nachbarn ansehen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Es ist eine schwierige Sache, einerseits dem humanitären Anspruch gerecht zu werden und andererseits geregelte Verhältnisse aufrechtzuerhalten. In diesem Spannungsverhältnis stehen wir, und Sie werden ja den Parteitag der CDU beobachtet haben: Da ist das Spannungsverhältnis ja sichtbar geworden. Wir leben nicht in ungeordneten Verhältnissen, aber unsere Regierung hat eine humanitäre Entscheidung getroffen – das heißt, auf der anderen Seite müssen wir natürlich das Bedürfnis der Menschen respektieren, Zuwanderung in geregelte Bahnen zu lenken. Nur ist das, wenn Menschen in höchster Not sind, so einfach nicht zu realisieren. Aber politisches Asyl ist politisches Asyl. Leute, die vor der Frage oder in der Situation stehen, ihr Leben zu verlieren, totgeschlagen oder totgebombt zu werden, denen müssen wir natürlich Zuflucht sichern. Unser Land verändert sich: Jeder fünfte Bürger hat einen Migrationshintergrund und in den nächsten Jahren werden wir einige Hunderttausend Menschen brauchen, wenn wir unser volkswirtschaftliches Wachstum beibehalten wollen.

Nun ein Wort zum digitalen Zeitalter. Sie haben völlig Recht, wenn Sie das erwähnen, Frau Professor Münch: Es ist ein Unsicherheitsfaktor, ein

Unsicherheitsfaktor, den viele Menschen gar nicht wahrnehmen. Er ist ein bisschen sichtbar geworden vor einigen Tagen, als die Telekom plötzlich eine Million Anschlüsse nicht mehr bedienen konnte. Es ist ein bisschen sichtbar geworden mit dem abgehörten Handy von Frau Merkel. Unsere Handys können alle von den Amerikanern abgehört werden, auch jetzt hier in diesem Raum – es hat keine sehr große Rolle gespielt, es hat die Leute nicht mobilisiert. Wir haben ein neues Zeitalter. Ich finde den Begriff sehr gut. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat vor 14 Tagen eine Resolution verabschiedet – übrigens die dritte dieser Art –, *the protection of privacy in the digital age*, der Schutz der Privatsphäre im digitalen Zeitalter. Das ist eine Revolution, die unser Leben verändert, unsere Gesellschaft verändert, die Machtverhältnisse in der Gesellschaft verändert, und dem müssen wir uns stellen.

Es sind zurzeit 5 Milliarden Geräte weltweit online und es werden in Kürze 10, 20, 25, 50 Milliarden Geräte sein. Die Menschen wachsen nicht mehr nur mit dem Internet auf, sondern sie wachsen im Internet auf. Internet ist ein Fortschrittsmotor, inzwischen unverzichtbar, das wissen wir alle. Die Netze tragen zu wirtschaftlichem Wachstum bei, auch zur persönlichen Selbstverwirklichung, und eine pauschale Technikfeindlichkeit wäre fehl am Platz. Aber wir bezahlen mit einem Verlust an Selbstbestimmung und mit der Enteignung unserer intimsten alltäglichen Realität. Wir sind inzwischen einem weltumspannenden Überwachungssystem durch staatliche Behörden und einem Informationskapitalismus ausgesetzt. Mit unseren Daten wird Geld gemacht, unsere Daten werden verkauft, sie werden missbraucht.

Das neueste Beispiel finden Sie heute in der FAZ noch einmal dargestellt: der Einfluss des Internets auf die amerikanische Wahl. Es gibt eine Firma in Amerika, die heißt Cambridge Analytica. Diese Firma hat Profile von 230 Millionen Menschen gesammelt und über jeden Menschen etwa 3.000 bis 5.000 Datenpunkte. Wie das geschehen ist, kann man hier nachlesen. Das hat auch gestern auf einer Konferenz eine Rolle gespielt, die ich angeregt hatte zur Erinnerung an Frank Schirrmacher, den leider zu früh verstorbenen Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Und diese Firma ist benutzt worden von dem Schwiegersohn von Trump. Was hat der gemacht? Der hat die Daten sortieren lassen. Er hat im Internet die besonders ängstlichen Amerikaner angesprochen. Denen wurde ein Horrorszenario an Terrorismus frei Haus geliefert. Er hat die Farbigen angesprochen und hat Zitate von Frau Clinton, die irgendwann mal gefallen sind gegen Farbige, benutzt, um diese zu beeinflussen. Es ist eine Beeinflussung, eine sicherlich nicht wahlentscheidende, aber doch wichtige Entscheidung der Wähler herbeigeführt worden durch das

Internet. Und Facebook und Google sind kritisiert worden, weil sie vor der Wahl Manipulationen im Netz zugelassen haben. Sie müssen sich vorstellen: Nach einer Fernsehdiskussion wird gefragt: Wie war Frau Clinton? Wie war Herr Trump? Und dann haben sich plötzlich zehntausend-, zwanzigtausend-, dreißigtausend Leute eingebucht, die es gar nicht gibt, die sind nur technisch erschienen, und haben gesagt: Der Trump war der Beste. Also: Das Internet hat einen manipulativen Charakter.

Mit dem müssen wir uns auseinandersetzen und es ist eben so, dass die digitale Moderne im Begriff ist, eine Buchführung unseres gesamten Lebens zu organisieren. Daten sind Macht, mit ihnen lassen sich Wahlen in den sozialen Netzen manipulieren. Der Erfolg von Trump ist eben auch ein Ergebnis einer klugen Analyse von Silicon Valley, es ist der permanente Angriff auf das Etablierte, wie er ja auch im Netz stattfindet – diese zerstörerische Kraft, durch die alle Dämme brechen. Streckenweise mutiert das Internet ja zur Hassmaschine. Timothy Garton Ash hat gesagt: Streckenweise ist das Internet eine Kloake von Verschwörungstheorien, einer Zusammenrottung von Menschen, die intolerant ihre Suppe kochen und versuchen, das Denken in unserer Demokratie zu verändern. Internet verändert unser Denken, verändert die Art, wie wir zu Entscheidungen kommen. Auf der gestrigen Tagung haben Neurologen gesprochen, was sich im Gehirn verändert. Ich deute das alles nur an, aber es ist ein Fehler, wenn immer noch unsere Verantwortlichen – wie jetzt vor Kurzem auf einem digitalen Gipfel – sagen, dass Datensparsamkeit und Datenschutz als Schutz der Privatheit die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Das Gegenteil ist der Fall. Es sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung.

Ich gebe Ihnen einen Beweis: Die Amerikaner haben inzwischen festgestellt, dass wir in Europa mit einer neuen Datenschutzgrundverordnung, die ab 2018 in 28 Staaten der Europäischen Union unser Recht wird, dass wir damit einen Wettbewerbsvorteil haben. Das erinnert mich an meine früheren Zeiten, ich war ja auch Umweltminister. Es wurde immer gesagt, Umweltschutz ist ein Jobkiller und da verlieren wir Arbeitsplätze und Wachstum, und plötzlich haben die Firmen entdeckt, dass umweltfreundliche Produkte einen Markt haben und einen Wettbewerbsvorteil darstellen. So ähnlich wird das auch mit dem Internet sein. Unser Auto speichert ungefähr mit 100 Sensoren persönliche Daten in Hülle und Fülle. Es gibt Anzeichen, dass die Käufer von Autos jetzt den Verkäufer fragen: Was ist da eigentlich los? Was macht der mit unseren Daten? Warum müsst ihr es denn wissen, wenn ich meinen Gurt verstelle oder mein Licht anschalte und Ähnliches? Also: Das Internet dringt in unser Leben ein und die Sicherheit im Cyberraum ist gefährdet. 92 Prozent aller größeren deutschen Firmen – auch der

Mittelstand – wurden 2014 von Cyberattacken angegriffen und 47 Prozent der Angriffe waren erfolgreich.

Das ist eine weitere Facette, und die nächste, die ich erwähnen will, ist Europa. Wie bewahren wir Frieden und Wohlstand in Europa? Hans-Dietrich Genscher hat immer wieder gesagt – bis zu seinem Tode –: „Europa ist unsere Zukunft, wir haben keine andere.“ Wir wollen ja diese Zukunft. In der globalisierten Welt brauchen wir ein starkes Europa, meine Damen und Herren. Wir brauchen es politisch, wir brauchen es wirtschaftlich oder auch militärisch. Wir brauchen es mehr denn je zuvor. Europa ist eine Solidargemeinschaft. Das hat sich allerdings nicht gezeigt bei der Verteilung der Flüchtlinge. Man darf Europa nicht ausrechnen wie ein Buchhalter. Wir haben an Europa sehr viel mehr als nur einen wirtschaftlichen Vorteil – aber wir haben auch einen wirtschaftlichen Vorteil, und wenn es Europa gutgeht, geht es uns gut, das dürfen wir nicht vergessen. Es ist falsch, Europa runterzureden, statt seine Erfolge zu verteidigen. Nur gemeinsam als Europäer können wir uns in den Stürmen der Veränderung behaupten und eine der Veränderungen ist eben Trump. Trump fordert die Europäer heraus – er fordert sie auch heraus, einig zu sein, sich zu stärken, und er fordert sie auch heraus, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Europa muss ein entspanntes Verhältnis zu Russland haben, es müsste an einem solchen Verhältnis interessiert sein. Wir sind sicher daran interessiert. Einer „normalen“ Beziehung stehen ernsthafte Hindernisse entgegen. Das Putin-Russland überzieht Europa, und nicht nur Europa, mit Propagandakriegen und Desinformationskampagnen. Es sucht Unruhe zu stiften und findet Verbündete, interessanterweise in unserem Parteienspektrum ganz rechts und ganz links. Man lese heute nur das Interview von Frau Wagenknecht im Russischen Staatsfernsehen. Wir haben die Neigung – einige deutsche Politiker, nicht die Mehrheit, nicht die Regierung –, das Verhältnis zu Russland wichtiger zu nehmen als die Interessen der osteuropäischen Staaten. Wir dürfen nicht unterschätzen, dass die osteuropäischen Staaten unseren Schutz brauchen und dass sie unsere Solidarität brauchen und dass das keine Sache ist, die man vernachlässigen kann. Russland – ich bin im letzten Jahr dreimal dort gewesen – ist verantwortlich für Repression nach Innen und Aggression nach Außen. Das können wir nicht verharmlosen, aber dennoch bleibt auf der Tagesordnung, dass Russland ein wichtiger Player ist. Russland darf nicht gedemütigt werden. Wir müssen sehen, wie wir auf Russland zugehen und wie Russland auf uns zugeht.

Eine weitere Bedrohung weltweit völlig neuer Art ist die Kriegsführung, der wir uns gegenüber sehen. Sie geht von gewalttätigen Gruppen aus. In zerfallenden

Staaten – viele Staaten können wir gar nicht mehr adressieren – gibt es gar keine Staatsgewalt mehr. Es gibt keine Kriegserklärung, man kann keinen Frieden schließen, es sind nichtstaatliche Akteure, es sind Terrorbanden. „Software wird künftig über Krieg und Frieden entscheiden“, sagt Henry Kissinger. Wir sind in einer Phase der Unsicherheit, auch durch diese Kriege. Es kommt eine Unsicherheit aber auch aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie werden mir als Liberalem abnehmen, dass für mich freie Märkte unverzichtbar sind, und ich möchte, dass sie sich frei entwickeln können. Sie sind ein Wohlstandsmotor. Aber Märkte sind eben nicht alles. Der IWF, der Internationale Währungsfonds, hat kürzlich festgestellt, dass die ungebändigten Finanzmärkte mehr Schaden gebracht als Nutzen gestiftet haben. Wir müssen uns sorgen um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Nach dem neuesten Politbarometer befinden 75 Prozent der Befragten, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft abgenommen hat. 54 Prozent sagen, dass es gerecht zugeht, aber 45 Prozent verneinen das. Es gibt ja auch Anzeichen dafür, dass die Abstiegsängste in unserer Gesellschaft nicht unbegründet sind. Meine Damen und Herren, denken wir an die Angst vor der Altersarmut, wenn die Leute ihre Renten berechnen. Ich habe heute gelesen, dass 13,4 Prozent nach einer Untersuchung der Europäischen Union in Deutschland an der Armutsgrenze leben – also sind die Abstiegsängste ernst zu nehmen.

Wir müssen heute die entscheidende Frage beantworten: Wie verteidigen wir unsere Demokratie? Wie gewinnen wir Vertrauen zurück? Ein ganz schlimmes Wort ist „Demokratieverdrossenheit“. Wie kann man demokratieverdrossen sein? Das ist ein schlimmes Wort; es bedeutet doch, dass es eine Art Absage an das Leben in einer freien Gesellschaft ist. Denn was soll anstelle der Demokratie treten? Man kann sich natürlich, man muss sich fragen: Wie können wir die Demokratie beleben? Sie, Frau Professor Münch, haben das eben gesagt, das ist eine Aufgabe, die Sie sich gestellt haben in Tutzing. Ich würde auch hier jetzt gerne den „Sachsen-Monitor“ erwähnen, in dem also nur noch ein Drittel dem Deutschen Bundestag vertraut, und die entscheidende Frage, die wir uns alle beantworten müssen, ist: Wie gewinnen wir Glaubwürdigkeit zurück? Es muss ernst genommen werden, was viele Bürger bedrückt. Wir müssen uns die Mühe machen, geduldig zuzuhören und zu argumentieren.

Aber, meine Damen und Herren, die Gesellschaft muss Haltung zeigen und darf sich nicht anbiedern, darf sich nicht klein machen, darf nicht populistischer werden. Nur mit klarer Haltung überzeugt man auch andere. Die Politik muss sich eben auch mit den Ängsten offensiv auseinandersetzen. Viele Menschen fühlen sich vergessen, abgehängt. Wir müssen die Ursachen dieser Ängste

herausfinden, die berechtigten und auch die unberechtigten. Es gibt unberechtigte Ängste, die gefährlich in unserer Gesellschaft herumwabern. Die Gewinne in unserer Gesellschaft – auch dazu gibt es langfristige Untersuchungen – werden nicht gerecht verteilt. Das ist ein Phänomen in Amerika, das entscheidend für die Wahl war, aber auch in Deutschland sind wir nicht ganz frei von diesen Entwicklungen. Wir müssen lernen, mit Ängsten umzugehen. Fortschritt und Veränderung werden vielfach nur als Bedrohung wahrgenommen. Politik darf sich nicht wegducken. Nur in der repräsentativen Demokratie können Entscheidungsträger zur Verantwortung gezogen und abgewählt werden. Das ist jetzt die Frage: Wie ergänzen wir die repräsentative Demokratie? Ist das sinnvoll? Wie machen wir das? Ich möchte Ihnen nicht verhehlen, dass ich sehr viel übrig habe dafür, dass man die Bürger auf kommunaler Ebene beteiligt, dass man sie befragt. Man kann auch Initiativen akzeptieren, aber man kann in gewissen Fragen die Gewählten nicht aus ihrer Verantwortung entlassen. Ich habe eine ziemliche Skepsis – die gewachsen ist – gegenüber Volksentscheiden. Das ist nicht nur der Brexit. Wissen Sie: Wen kann man da eigentlich verantwortlich machen? Die Wähler haben abgestimmt und die Treiber, die die Wähler zum Brexit getrieben haben, sind weg. In der Demokratie kann man die Politiker, die eine Entscheidung getroffen haben, abwählen. Das geht. Das ist die einzige Regierungsform, wo sie die Regierenden unblutig loswerden können. Das ist die Demokratie.

Wir sollten uns auf eine Stärkung der repräsentativen Demokratie verständigen. Es kommt noch hinzu, dass bei Volksentscheiden, jedenfalls über elementare Fragen, Minderheitsinteressen zu kurz kommen. 67 Prozent waren während der Schleyer-Entführung in Deutschland für die Todesstrafe. Sie haben vielleicht miterlebt, wie ein Theaterstück namens „Terror“ dazu benutzt wurde, eine Abstimmung über Artikel 1 des Grundgesetzes herbeizuführen. Die Abstimmenden sind meines Erachtens auf eine falsche Fährte gelockt worden, dennoch war das Ergebnis von 80 Prozent ernüchternd und hat mich in meiner Meinung bestärkt: Volksentscheide sind Stimmungen ausgesetzt. Ich meine, dass wir jetzt mit Interesse verfolgen sollten, was eigentlich das britische Unterhaus macht. Da gibt es Leute, die geklagt haben – die mündliche Verhandlung hat gestern begonnen. Da gibt es Leute, die sagen: Nein, wir haben ein Parlament gewählt, das sollte da mitwirken. Die spannende Frage wird sein: Wie wird das Unterhaus mitwirken beim Austritt aus der Europäischen Union?

Wir sollten uns in der Tat öffnen für neue Formen politischer Mitwirkung der Bürger. Ich will da gar nicht in eine arrogante Haltung der Parteien zurückfallen, die doch viele Jahre geglaubt haben, sie seien die alleinigen, die ein Monopol

auf Meinungsbildung haben. Dann kam die Bewegung der Bürgerinitiativen – die Parteien haben sich vielfach den Staat zur Beute gemacht, das ist nicht zu bestreiten –, und die Parteien schotteten sich ab. Das ist auch eine Lebenserfahrung: Sie befassen sich mit sich selbst und eigentlich nur in den Wahlkämpfen intensiv mit den Bürgern; das ist viel zu wenig. Parteien müssen unabhängig von Wahlkämpfen auf die Bürger zugehen, müssen ihnen die Dinge erklären, und zwar ohne die Polemik, die Wahlkämpfe prägt.

Auch die Medien müssen dem Rechnung tragen. Ich meine, sie setzen beim Zuschauer doch manchmal in einer gewissen elitären Arroganz viel zu viel voraus. Da wird gemeldet, ein Rentenkompromiss sei getroffen worden. Da fragt sich natürlich jemand: Wie sieht der denn aus? Da wird dann gesagt: Das können Sie im Internet nachlesen. Ja um Himmelswillen, wie viele Leute können das? Wie viele ältere Leute können das? Wie viele Rentner können das? Wir müssen uns auch davor hüten, Tagesaktualitäten hinterherzurennen. Eine Talkshow nach der anderen mit Böhmermann. Was soll das? Natürlich ist das Thema Erdogan wichtig, aber diese Sucht, Tagesaktualitäten aufzuspießen, die ganz schnell wieder vergessen sind, statt langfristige Entwicklungen zu analysieren und zu kommentieren, die muss bekämpft werden, und das ist auch eine Aufgabe der Presse, der Medien.

Ulrich Beck hat zur Globalisierung etwas Zutreffendes gesagt – das alles hängt natürlich mit der Globalisierung zusammen. Globalisierung ist undurchschaubar. Sie vermittelt Ängste, sie vermittelt das Gefühl, die Politiker haben das Heft nicht mehr in der Hand. Er hat gesagt: „Wir leben längst, ob es uns gefällt oder nicht, in einer kosmopolitischen Situation mit undichten Grenzen und universeller wechselseitiger Abhängigkeit. Aber was fehlt, ist das kosmopolitische Bewusstsein.“

Wir müssen umdenken, wenn Sie in einer Art Zeitenwende alle Phänomene zusammennehmen. Ich finde das nicht dramatisiert. Bei aller besorgniserregender Analyse, die Problemlösungskompetenz liegt dort, wo es um internationale Probleme geht, meine Damen und Herren, und nicht mehr bei den Nationalstaaten. Das geht gar nicht mehr. Also: Bei aller besorgniserregender Analyse – und damit komme ich zum Schluss – meine ich doch, dass unsere Demokratie stark genug ist, um die Krisen erfolgreich zu bekämpfen. Umfragen belegen auch, dass die Deutschen im Vergleich mit einigen Nachbarn noch sehr europafreundlich eingestellt sind, und auch unsere Demokratie ist kräftig und lebensfähig. Die bestehenden Gefahren müssen benannt werden, aber wir können ihnen begegnen. Das wird Kraft kosten, jeder einzelne Bürger muss Flagge zeigen

und die Werte des Grundgesetzes verteidigen. Unsere Gesellschaft hat in der Vergangenheit zur Lösung großer Probleme ungeahnte Kräfte entwickelt. Von Anfang an, nach 1945 über die deutsche Wiedervereinigung hinweg, haben wir Krisen bewältigt, Herausforderungen bewältigt. Wir müssen Mut und Entschlossenheit aufbringen zur Gestaltung unserer freiheitlichen Demokratie. Wir müssen unser Grundgesetz wirklich leben. – Danke.



Diskussion

Prof. Dr. Ursula Münch (Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing): Herr Baum, ganz herzlichen Dank für Nachdenkliches, Aufwühlendes, Appelle und Analysen. – Meine Damen und Herren, wir machen es folgendermaßen: Sie haben jetzt ein bisschen Zeit. Sie haben sich eventuell schon die erste oder zweite Frage überlegt. Damit die Frage noch ein wenig stringenter gestellt wird, gebe ich kurz eine Zwischenrunde und dann dürfen Sie loslegen. Herr Baum, Sie sprechen von der Zeitenwende – das kann man nachvollziehen. Sie haben verschiedene Aspekte dieser Zeitenwende aufgezeigt und Sie haben an anderer Stelle gesagt, Angst vergiftet unser Leben und diese Zeitenwende muss moderiert werden, damit die Menschen, die Bürger, die Wähler nicht ängstlich sind. Und das lässt sich, so habe ich das verstanden, auch steuern. Ich frage mich: Jetzt haben wir zwar verschiedene Antworten auf diese Zeitenwende, die Sie ja durchaus auch in verschiedenen Punkten dramatisch dargestellt haben, wobei man bei Ihnen auch eine gewisse Besorgnis heraushört. Sie fürchten sich vielleicht weniger vor Flüchtlingen, aber haben doch großen Respekt vor den Folgen der Digitalisierung für die Freiheit. Da kann man doch auf verschiedene Weise reagieren. Bis jetzt hatte ich den Eindruck, es gibt eine gewisse Form des Paternalismus: Die Politiker sagen, man muss es den Leuten nur lang genug erklären, und irgendwann werden sie es schon verstehen und vielleicht nicht mehr so ängstlich sein. Doch ich habe – ehrlich gesagt – inzwischen meine Zweifel, ob das mit dem Erklären wirklich noch so funktioniert, wie man das, als jemand, der für die Bildung durchaus lebt und arbeitet, gerne hätte. Denn es gibt auch noch das andere, das verführerische Angebot der Vereinfachung. Und dann gibt es das Angebot: Wir schaffen Ordnung.

Gerhart Baum (Bundesminister des Innern a.D.): Ich habe – mit Recht haben Sie gesagt, keine Angst vor Flüchtlingen – aber Angst vor der Reaktion

auf Flüchtlinge. Das habe ich ja dargestellt. Es beängstigt, dass bei den vielen Diskussionen über Flüchtlinge nicht ab und zu die Überlegung auftritt: Verdammt noch mal, da haben wir 100.000 Menschen oder mehr ein bisschen Glück verschafft – zeitweise, viele können nicht bleiben, aber wir haben sie sicher aus einer verzweiferten Lebenssituation gerettet. Statt dessen ist die Diskussion in unserem Land schon gekippt. Wir reden nur noch über Abwehrstrategien. Und dann kommt die Argumentation: Wir können nicht alle Flüchtlinge der Welt aufnehmen. Naja, wer verlangt das denn? Dann gibt es die Frage: Haben wir offene Grenzen? Können wir die Grenzen schließen? Dürfen wir sie schließen? Wir sind in ganz schwierigen Konfliktsituationen mit den Flüchtlingen. Aber Sie haben über die Angst geredet. Ja, welche Alternativen haben wir denn? Wir Politiker, wir tragen Verantwortung, wir stellen uns in Wahlkämpfen mit unseren Zielen. Wir werden gewählt, dann tragen wir Verantwortung. Und natürlich müssen wir unsere Entscheidung erklären. Wir leben in einer repräsentativen Demokratie. Wie soll das sonst geschehen, als dass wir mit Argumenten miteinander umgehen?

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber werden diese noch so gehört, wie das zu Ihren Zeiten war, als Sie Bundesinnenminister waren? Als man noch das öffentlich-rechtliche Fernsehen gesehen hat und auch meistens, nicht immer, aber doch relativ häufig, das geglaubt und das angenommen hat, was man da gehört hat? Ist das tatsächlich noch so, dass diese Erklärungen so ankommen, wie wir uns das, wie sich das politische Personal das wünschen würde?

Gerhart Baum: Ich finde, man darf die Vergangenheit ja nicht verklären. Die Auseinandersetzungen waren heftiger, waren klarer, die Diskurse waren schärfer. Strauß am Aschermittwoch war für uns ein Lebenselixier. Er hat uns angegriffen und wir haben zurückgeschlagen. Dann gab es den Wehner, und da gab es heftige Debatten. Da wurden Dinge auf den Punkt gebracht – zum Teil sehr polemisch. Aber man kann über Strauß sagen, was man will, der brannte für bestimmte Dinge, dem hat man Dinge abgenommen. Man hat gesagt, dafür steht der. Ich finde es in den Parteien heute relativ langweilig. Es gibt doch unterschiedliche Wege – warum werden die nicht diskutiert, warum werden sie nicht ausdiskutiert, warum wird immer gesagt, die Wähler wählen uns nicht, wenn wir uns streiten? Wenn wir uns über Ziele vernünftig auseinandersetzen, hören die Wähler zu.

Prof. Dr. Ursula Münch: Dann begrüßen Sie den Streit über die Obergrenze? Ich frage Sie nicht nach der Obergrenze, sondern nach dem Streit.

Gerhart Baum: Da gibt es Streit, der nicht bis zum Ende überlegt ist. Aber das müssen die ausmachen, die den Streit führen. Man kann natürlich und muss auch über die Obergrenze diskutieren. Zufällig ist ja der CSU-Parteitag, aber wird dort eigentlich gestritten? Über den besseren Weg? – Es gibt doch Optionen: Gehen wir dahin! Machen wir das! Statt dessen wird Einigkeit vor dem Parteitag hergestellt, es werden möglichst alle Konfliktpunkte beseitigt. Das ist im Grunde lebensfremd. Wir diskutieren doch auch in unseren Familien, in unserem Leben verschiedene Wege, und das muss ausgehalten werden. Damals gab es solche Leute wie Dahrendorf im liberalen Lager oder Flach; Sie haben Brandt erwähnt. Was gab es da für Auseinandersetzungen! Übrigens, die damalige Zeit, die Auseinandersetzung über die Ostpolitik erinnert mich ein bisschen an die heutige. Die Polarisierung damals war ganz hart und es war Hass in der Gesellschaft. Heute ist auch wieder Hass da. Hass und Polarisierung. Also, ich habe kein Allheilmittel, Frau Professor Münch. Ich setze auf das Argument und ich setze auf neue Formen der Mitwirkung, die ich nicht überschätzen will. Manche Mitwirkungen sind Alibiveranstaltungen. Was war denn das bei dem Stuttgarter Bahnhof? Die Leute sind hinter die Fichte geführt worden. Es ist alles so geschehen, wie es geplant war, und ist vielfach teurer geworden. Ein Beruhigungsinstrument war das. Jeden Tag im Fernsehen übertragen. Ganz gefährlich, wenn man solche Alibiveranstaltungen macht.

Prof. Dr. Ursula Münch: Sie haben an einer Stelle – nicht im Vortrag, aber an einer anderen Stelle – einmal das fatale Desinteresse vieler Bürger an ihren Bürgerrechten beklagt; dass die Bürger mit dazu beitragen, dass die Demokratie selbst ihrer Grundlage beraubt wird. Dieses fatale Desinteresse vieler Bürger an ihren Bürgerrechten – worauf führen Sie diesen Wunsch nach „In-Ruhe-gelassen-werden“ zurück? Auf den Wunsch, sich dann doch vor allem in Sicherheit zu bewegen? Sehen Sie da Parallelen? Sie haben eine Zeit ja aktiv mitgestaltet, wo es ebenfalls viele Bedrohungen gab und die Leute auch viel Angst hatten und man vielleicht in diesem Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit eher zugunsten der Sicherheit das Pendel ausschlagen lassen wollte. Sehen Sie da Parallelen und gibt es etwas, bei dem Sie sagen, na ja, da könnte man vielleicht aus der damaligen Situation für heute lernen?

Gerhart Baum: Ja, könnte man. Sie meinen vor allen Dingen die RAF-Situation. Ich meine: Wir sind mit dieser Herausforderung fertig geworden. Das darf man ja nicht vergessen. Es ist mit polizeilichen Mitteln, mit Mitteln der Justiz und dann auch mit Mitteln der Argumentation geschafft worden, die junge Generation, die damals junge Generation, Teile auch der sehr zu Gewalt neigenden oder

Gewaltsympathie neigenden jungen Generation zu integrieren. Bestes Beispiel ist Joschka Fischer, nicht? Vom Steinewerfer zum Außenminister – Respekt! Diese Gesellschaft hat das geschafft. Wir sind also mit diesem Phänomen fertig geworden, aber wir müssen auch lernen, dass wir mit Gefahren umgehen können. Angst vor Terrorismus – wie berechtigt ist sie denn eigentlich? Wir müssen das in einen vernünftigen Rahmen setzen. Hier in München hat es ja, wie wir alle miterlebt haben, einen Selbstmordattentäter gegeben und es gab eine Art Ausnahmezustand hier in der Stadt. Man wundert sich übrigens, dass so etwas herstellbar war. Mir haben Leute gesagt, sie haben nicht mehr gewagt, aus dem Haus zu gehen, und zwar weit weg von diesem Tatort. Was passiert da? Die Menschen haben eine Terrorismusangst. Wenn Sie sich die Gefährdungen angucken, denen wir ausgesetzt sind, ist das eine der geringsten Gefährdungen, aber es hilft nichts, wenn ich den Leuten sage, im Bad zu verunglücken ist eine sehr viel wahrscheinlichere Ursache, zum Tode zu kommen, oder im Straßenverkehr oder was auch immer, oder ein bestimmtes Medikament und dessen Nebenwirkung. Das überzeugt nicht. Es gibt eine Terrorismusangst, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Aber wir müssen sie in den Rahmen setzen, dass sie uns nicht dazu veranlassen kann, uns total unsicher zu fühlen. Dazu haben wir keinen Anlass.

Prof. Dr. Ursula Münch: Da gebe ich Ihnen uneingeschränkt Recht. Aber wenn wir gleichzeitig – Sie haben das Stichwort des Amoklaufs in München genannt, man könnte es an verschiedenen Beispielen nachvollziehen – diesen Resonanzboden des Internets, der sogenannten sozialen Medien haben: Wenn man sich jetzt vorstellt, dass die damalige Angst vor Terrorismus, die weniger auf die Bevölkerung gerichtet war als auf einzelne Personen, wenn man sich das heute vor der Situation vorstellt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen getroffen werden sollen, und man gleichzeitig diesen Resonanzboden des Internets hat – dann ist es ja doch noch einmal eine andere Wahrnehmung von Gefährdung.

Gerhart Baum: Es ist auch eine ganz andere Art der politischen Kommunikation, der Meinungsbildung. Wenn wir hier sitzen, setzen wir uns auseinander, ein Wort und Widerwort. Wir sehen uns an, wir haben eine Kommunikation, eine unmittelbare Kommunikation. Im Netz können Sie eigentlich nur Ja oder Nein sagen. Sie schließen sich an oder Sie schließen sich aus. Und dann kommt es zu den schlimmsten Verschwörungstheorien. Wenn irgendetwas passiert, sofort geht das hoch. Das macht vielen Leuten Mut, die bisherigen Konsense in unserer Gesellschaft infragezustellen, und dann sagen sie, was wir im Internet können, müssten wir doch eigentlich auch in der realen Welt können. Also: Fragt uns doch. Am liebsten werden jetzt nicht mehr nur in Parlamenten Entscheidungen

getroffen, sondern wir machen eine Internetbefragung, vor jeder entscheidenden Parlamentsdebatte wird das Volk gefragt. Die Neigung zu einer Mitwirkung ist groß; dann aber sind es aktive Minderheiten, die das Netz benutzen. Das ist eine ganz gefährliche Geschichte und dann diskutieren wir ja: Wie können wir das begrenzen? Wie können wir Hass im Internet bekämpfen? Ganz schwierig. Herr Maas kommt damit nicht zurecht. Zu Recht muss er sich Gedanken machen, wo die Meinungsfreiheit endet und wo der Hass beginnt. Wie kommen wir mit diesem Phänomen zurecht? Wir müssen es zumindest kennen, wir müssen diese Gefahr benennen, um mit ihr umgehen zu können.

Prof. Dr. Ursula Münch: In Ihrem Band, den ich vorher angesprochen habe, da findet sich ein Auszug aus dem Spiegel: „Der analoge Shitstorm“. In dem geht es darum, wie Sie auch schon damals als Bundesinnenminister scharf angegriffen worden sind. Wie oft ertappen Sie sich bei dem Gedanken, dass Sie froh sind, dass Sie heute nicht mehr Politiker sind? Unter den heutigen Rahmenbedingungen.

Gerhart Baum: Ich weiß es nicht. Ich glaube, ich würde auch mit den heutigen Rahmenbedingungen zurechtkommen. Irgendwie, ich würde mich aber anders verhalten müssen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Kommt dann also doch Vorsichtigkeit mit ins Spiel? Oder was meinen Sie mit „anders verhalten“?

Gerhart Baum: Ich müsste auf die Phänomene, die Sie eben dargestellt haben, eingehen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber wie?

Gerhart Baum: Ich habe versucht, das darzulegen. Wir, die früheren FDP-Aktiven, denken noch mit und mischen uns ein. Frau Leutheusser tut das sehr energisch. Aber wir sind natürlich Beobachter ohne politisches Amt, mit einem gewissen politischen Erfahrungsgrundschatz. Ich versuche, mich auf die Situation einzustellen, mir meine Gedanken zu machen, und versuche auch, Menschen zu überzeugen. Ich werde oft eingeladen, auch von jungen Leuten. Meine Frau klagt immer, dass ich die Einladungen alle annehme, aber ich bin fasziniert davon, wenn junge Leute meinen Rat haben wollen und wenn sie mir zuhören. Das ist vielleicht eine Schwäche des Alters.

Prof. Dr. Ursula Münch: Bei der Frage, wie man auf die Herausforderungen des Datenschutzes in einer globalisierten Welt, in der Daten übergreifend gesammelt

werden, eingeht und wie man mit Datenschutz umgeht – da haben Sie in Ihrem Vortrag natürlich die europäische Datenschutzgrundverordnung angesprochen. Sie sprechen in dem Buch auch die Überlegung an, ob man das überhaupt noch auf Europa beschränken kann. Müsste man nicht die Vereinten Nationen einschalten, müssten nicht auch die Menschenrechtsaspekte thematisiert werden? Halten Sie das für einen einigermaßen realistischen Weg, den man in der Politik gehen könnte?

Gerhart Baum: Ja. Ich kann Ihnen das auch beweisen. Ich habe eben diese Entschließung der Generalversammlung der Vereinten Nationen erwähnt, die zum Ziel hat, die Gefahren für die Privatheit – privacy – aufzuzeigen und Grenzen zu setzen. Es ist eine Art Welt-Vorab-Digital-Charta. Sie ist auch im Lauf der Jahre – es ist mittlerweile die dritte Resolution – gewachsen. Die Sensibilität ist gewachsen. Nun kann man sagen: Das ist alles Papier, das ist unverbindlich. Ja, gut. Folterkonvention ist auch Papier. Aber wir brauchen diese Grundlagen im Völkerrecht. Die Staaten werden eines Tages, meine ich, zum Ergebnis kommen, dass Cyberwar eine ganz gefährliche Sache ist. Da brauchen sie keinen Jagdbomber, da brauchen sie nur einige Leute, die das können und ein bisschen Geld haben. So kann man sich vorstellen, denke ich, dass man vielleicht eines Tages eine Abrüstungskonferenz für Cyberwar macht, ein Verteidigungsabkommen für Cyberwar. Das klingt etwas utopisch, aber die NATO ist jetzt auch darauf eingerichtet, eine Verteidigungskomponente Cyberwar zu haben. Man könnte sich vorstellen, dass man vereinbart, gewisse Standards einzuhalten, auch bei der Wirtschaftsspionage – dass man sich nicht gegenseitig ausspioniert.

Prof. Dr. Ursula Münch: Man hat aber natürlich das Problem, dass wir es heutzutage mit Asymmetrien und nicht mehr nur mit Staaten zu tun haben.

Gerhart Baum: Das kommt hinzu. Das ist eine große Unsicherheit. Terrorbanden werden sich natürlich an solche Dinge nicht halten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt kommt wieder der Moment, in dem ich die Brille aufsetze. Das bedeutet, dass ich versuche, Sie zu erkennen, wenn Sie jetzt Ihre Frage, die ja inzwischen wohlformuliert und kurz ist, stellen. Ich darf Sie um Wortmeldungen bitten. – Wir sammeln bitte und nehmen drei Wortmeldungen auf.

Richard Drexel (Oberst a.D.): Herr Baum, Sie sprachen von der Stärkung der repräsentativen Demokratie. Eines der wichtigsten Mittel und Werkzeuge

der Demokratie ist das Wahlrecht. Muss man nicht da anfangen? Das Bundeswahlrecht liegt, zumindest da, wo es um die Listenaufstellung von Kandidaten geht, in den Händen der Parteien und der Bürger darf nur Listen ankreuzen. Ist das noch zeitgemäß?

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank, Herr Drexel. – Wenn Sie so freundlich sind, das Mikrofon weiterzugeben?

Fragestellerin: Herr Minister, Sie hatten den Punkt repräsentative Demokratie angesprochen. Ich frage mich, ob sich hier möglicherweise das Politikerverständnis etwas gewandelt hat. Wie ist Ihre Ansicht? Wir sprechen über Verunsicherung des Bürgers, als müsste man ihn therapieren, als müsste man ihm die Dinge erklären. Aber vielleicht muss man ihn auch repräsentieren?

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank. – Sie sind so freundlich und geben das Mikrofon gleich an Herrn Reuß weiter.

Werner Reuß (Bayerischer Rundfunk): Herr Baum, Sie haben die Demokratie angemahnt und gesagt, das ist das Einzige, was wir haben. Nun stellen wir allerdings ein bisschen demokratischen Analphabetismus fest. Ich frage mal: War das System nicht lange zu selbstgefällig? Wo lernen und lehren wir eigentlich Demokratie? Kurz nachgefragt: Sie haben ein kosmopolitisches Bewusstsein angemahnt. Wie kann das entstehen, wenn Politik zunehmend national argumentiert und handelt?

Prof. Dr. Ursula Münch: Jetzt darf ich erklären, dass Herr Reuß beim Bayerischen Rundfunk zuständig für den Programmpunkt Bildung ist. Das erklärt vermutlich auch die Frage. Wir nehmen noch eine Frage dazu, weil das Mikrofon gerade so passend ist. Bitte.

Fragesteller: Herr Minister, ich finde es immer bemerkenswert, dass Politiker aus Ihrer Generation sehr stark in Abgrenzung zur Zeit des Zweiten Weltkriegs auch die Demokratieerfahrung und den Wert der Demokratie formulieren. Das fällt immer wieder auf, finde ich, das geht quer durch alle Parteien. Vielleicht ist das auch – es soll nicht zynisch klingen – ein Problem, das wir haben: Was nichts kostet, ist nichts wert. Und dass die Wertedemokratie vielleicht inzwischen schwerer erkennbar und erfahrbar ist als bei Politikern einer Generation, die noch diese Erfahrung mitgemacht hat. Es ist vielleicht eine etwas kühne Vorstellung, dass viele Flüchtlinge und Vertriebene in der Geschichte der Bundesrepublik beim Aufrichten der Demokratie eine wichtige Rolle gespielt haben – auch in

Abgrenzung zu dem, was sie erlebt haben. Vielleicht könnten wir jetzt auch stärker durch die Erfahrung der Flüchtlinge bei uns, die auch Kriegserfahrungen haben und schwer traumatisiert sind, den Wert der Demokratie erlebbar machen, sodass das sozusagen eine Frischblutzufuhr für unsere demokratischen Verfahren wird?

Prof. Dr. Ursula Münch: Vielen Dank für diesen anregenden Vorschlag. Die erste Frage zielte auf das Wahlrecht.

Gerhart Baum: Ich hab das vergessen zu sagen – es steht in meinem Manuskript –: Ich bin der Meinung, dass wir im Vorfeld der Wahlen nach Möglichkeiten suchen müssen, die Bürger bei der Entscheidung über Kandidaten mitwirken zu lassen. Ich habe kein Patentrezept, wie das geschieht. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, was jetzt in Frankreich passiert ist: Dass man den Sarkozy rausgeschossen hat. Die Republikaner in der Mehrheit wollten ihn nicht. Wir werden mal sehen, wer dieser neue Mann ist. Aber offenbar trauen sie ihm zu, sie zu vertreten und die Wahl zu gewinnen. Ich glaube, da konnte sich auch jeder eintragen. Ich weiß nicht, wie das geht, das kann ja auch missbraucht werden, dass sich der politische Gegner einen schwachen Gegner auswählt, indem er das unterwandert. Aber für mich ist immer das Beispiel, dass Frau Hamm-Brücher mal auf Platz 12, 15 oder 16 der Liste war und dann auf Platz 2 hochgebracht worden ist in dem sehr komplizierten Wahlsystem, das wir hier in Bayern haben. Eine solche Mitwirkung ist mir immer schon durch den Kopf gegangen. Sie können sich irgendeinen Wahlkreis ansehen, sei es rot oder schwarz. In Paderborn wird immer der CDU-Mann gewählt. Das entscheiden 50 Leute. Die stellen den auf und dann wird er gewählt. Und da habe ich auch gedacht: Mein Gott, kann man das nicht auf eine breitere Basis stellen? In Amerika ist es wieder anders mit den Eintragungen in die Listen bei diesem ganzen Vorwahlsystem. In dieser Richtung würde ich auch gerne weiter nachdenken. Ich stimme Ihnen da zu. Dann ist gefragt worden, helfen Sie mir auf die Sprünge –

Prof. Dr. Ursula Münch: Dass Politiker auch wirklich repräsentieren sollen und nicht nur bevormunden.

Gerhart Baum: Ja, wenn das als Bevormundung empfunden wird, ist das schon eine bedenkliche Diagnose. Politiker müssen argumentierend überzeugen, bevormundend bitte nicht. Und sie müssen auch Widerspruch ertragen. Was mich immer gestört hat bei den Parlamentsdebatten, auch bei Wahlkämpfen: Man fiel übereinander her. Der andere hat überhaupt nicht Recht, auch nicht im

Geringsten. Dann geht der andere ans Podium, da ist es umgekehrt. Und dann geht man zusammen ein Bier trinken und dann ist alles weg.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber vorher haben Sie für Streit plädiert.

Gerhart Baum: Aber nicht für diese Art von Streit. – Sie sind sehr aufmerksam. Dann gab es die Frage nach der anderen Demokratieerfahrung der jungen Leute. Wir haben diese Prägung. Ich hab angefangen, Politik zu machen, und habe gesagt: Mein Gott nochmal, du musst alles tun, damit das nicht noch einmal passiert. Und dann hab ich mich gerieben an den alten Nazis, die überall da waren. Auch in der Schule am Tegernsee waren sie da. Ich wollte in Tegernsee mit Mitschülern eine Gedenkfeier machen für die Männer des 20. Juli. Das hat das Lehrerkollegium verboten – 1947! Wir haben unsere Erfahrung, aber es hilft ja nichts. Wo ist die Alternative zu der Art, wie wir zusammenleben? Wir müssen den jungen Leuten sagen: Das ist euer Land! Ihr müsst euch um euer Land kümmern! Ihr habt ganz andere Erfahrungen, aber im Kern müsst ihr das verteidigen – mit Verlaub gesagt –, was wir aufgebaut haben.

Prof. Dr. Ursula Münch: Es gab auch den Hinweis, zu versuchen, die Kriegserfahrungen und Erfahrungen mit autoritären und totalitären Systemen, die die Flüchtlinge teilweise mitbringen, ins Positive zu wenden, um wiederum sich daran zu erinnern, dass diese Demokratie eben nichts Selbstverständliches ist.

Gerhart Baum: Ja, das müsste die Flüchtlingsdiskussion eigentlich vermitteln, dass wir in einer Oase des Glücks leben. Wir haben viele Jahre die Vorstellung gehabt, das geht uns alles nichts an. Und jetzt sind die Krisen da – bei uns angekommen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Im Grunde könnte man diesen Punkt, den Sie da gemacht haben, auch als Appell sehen – einerseits an die politische Bildung, andererseits aber natürlich auch insgesamt an alle Richtungen, die in der Bildung tätig sind –, nicht nur über die Flüchtlinge und Fluchtursachen in dieser diagnostizierenden Art zu sprechen, sondern so zu sprechen, dass diese Zusammenhänge deutlich werden. Ich bedanke mich für die Anregung und erlaube mir noch den Hinweis, dass wir die Frage von Herrn Reuß mit dem Anphabetentum in Sachen Demokratie noch behandeln müssten.

Gerhart Baum: Als ich jung war, haben wir diskutiert, dass man eine Prüfung vorschalten müsste, bevor man zur Wahl gehen kann. Solche Ideen wurden da geboren.

Prof. Dr. Ursula Münch: Die legt man dann bei uns ab. Wir machen das.

Gerhart Baum: Das haben Sie natürlich nicht ernst gemeint. – Das müssen wir in einer Demokratie alles hinnehmen. Wir müssen auch hinnehmen, dass zeitweise in demokratischen Staaten wie in Polen Leute gewählt werden, die ihrem Land schaden und die gemeinsamen Werte der Grundrechtscharta der Europäischen Union verletzen. Das ist nicht zu vermeiden. Demokratie ist Kampf, Auseinandersetzung, das kann man auch den jungen Leuten nicht ersparen. Ich komme mir etwas hilflos vor, wenn ich sage, wir brauchen die repräsentative Demokratie.

Prof. Dr. Ursula Münch: Da brauchen Sie sich nicht hilflos fühlen, da sind Sie im Bayerischen Landtag bestens aufgehoben

Gerhart Baum: Das erinnert mich an die Buddenbrooks, wo dann Aufruhr ist in Lübeck und die Leute unten stehen vorm Rathaus und rufen: „Wir wollen eine Demokratie!“ Und Senator Buddenbrook sagt dann: „Wir haben doch schon eine.“

Prof. Dr. Ursula Münch: Damit es jetzt auch demokratisch zugeht, wechseln wir den Fragesteller.

Alfred Röck (Club Voltaire München): Die freiheitliche Grundordnung zu verteidigen, da müssen wir sicher auch an Schulen und insbesondere in den Schulen anfangen. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das für Sie – Frau Professor Münch und die Politische Akademie – vielleicht erheblichen Handlungsbedarf eröffnet.

Prof. Dr. Ursula Münch: Noch mehr?

Alfred Röck: Herr Baum, Ihre Kollegin Frau Leutheusser-Schnarrenberger – sie war damals Justizministerin – war eingeladen an das Gymnasium Geretsried am 13. November 2011 zu einem Thementag „Islam und Europa“. Angeblich hatten die Schüler es ein Jahr lang vorbereitet. Wir, der Club Voltaire München, waren auch dort und haben Flugblätter verteilt – was dann verboten wurde, aber wir hatten Gott sei Dank schon fast alle verteilt – mit der Aufschrift „18 Fragen, die Sie, liebe Besucher, heute stellen könnten“. Nun die Überraschung: Der Schulleiter hat in 70 Minuten mindestens sechsmal die Schüler aufgefordert, auch Fragen zu stellen. Sie glauben es nicht: Die Jugend von Geretsried hatte keine einzige Frage.

Prof. Dr. Ursula Münch: Und wie lautet Ihre?

Alfred Röck: Was werden Sie gegen dieses Phänomen tun? Tun Sie vielleicht schon was? Gehen Sie bereits in die Schulen oder entwickeln Sie vielleicht schon Materialien, wie es sich für so ein Institut gehört?

Prof. Dr. Ursula Münch: Sie sind so freundlich und geben das Mikrofon an Herrn Seitschek.

Dr. Hans Otto Seitschek (LMU): Zwei Punkte möchte ich nochmal hervorheben. Das Erste ist: Wird nicht in der gegenwärtigen Politik mit der Fokussierung auf den unteren Mittelstand, der berechnete Abstiegsängste hat, eine Angst und eine unterlegene Position konstruiert, unterstützt und hervorgehoben, um dann damit gewinnend Politik zu treiben? Und wäre nicht eine meines Erachtens sehr wichtige und gute Lösung hier: Partizipation für diesen gesellschaftlichen Bereich zu schaffen und weiter zu stärken, um extremistischen Gruppen, die diese sozialen Gruppen gewissermaßen vor sich hertreiben, das Wasser abzugraben? Wäre da nicht ein Präventionsprojekt praktisch, Gruppen wieder zu stärken, ins Boot zu holen, Partizipation zu stärken, um genau damit die politischen Extreme auszuschalten?

Der zweite Punkt ist, etwas zugespitzt gesagt, ein Plädoyer für Komplexität. Es ist meines Erachtens wichtig, dass wir – auch wenn es nicht besonders leicht ist – klarmachen und in die Breite bringen, dass manche Lösungen einfach schwierig sind. Wir können es nicht ändern. Das muss zwar in einer klaren Sprache vermittelt werden. Aber es bringt nichts, immer nach der einfachen Lösung zu suchen, wenn es sie nicht gibt. Man muss wieder den Mut entwickeln, zu sagen: Manche Dinge sind komplex, manche Lösungen sind kompliziert. Wenn es leichte Lösungen gäbe, hätten wir sie schon lange durchgeführt. Mangels dieser leichten Lösungen müssen wir uns auf die Komplexität stürzen und damit arbeiten.

Prof. Dr. Ursula Münch: Sie sind so freundlich und geben das Mikrofon gleich zu Herrn Trinitis.

Carsten Trinitis (Gesellschaft für Informatik): Ich komme wahrscheinlich aus einer etwas anderen Ecke als meine Vorredner. Es ist ja schon ein paar Mal das Stichwort „Digitalisierung“ gefallen. Meine Frage wäre: Glauben Sie, in Anbetracht dessen, wie rasant sich das Ganze entwickelt, mithalten zu können? Sie haben das Beispiel Cambridge Analytica gebracht. Ich denke, das ist nur ein Fragment dessen, was schon möglich ist und seit Jahren längst passiert. Glauben

Sie, dass die Politik in der Lage ist, da überhaupt mitzuhalten? Ich bin mir bei einigen Politikern – Anwesende ausgenommen – nicht so ganz sicher.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber das war jetzt nicht als generelles Politiker-Bashing gemeint, Herr Trinitis, oder? Sonst bekommen Sie keine Einladungen mehr... Wir nehmen bitte das Mikrofon noch ganz nach vorne.

Dr. Paul Wengert, MdL: Herr Bundesminister, Sie haben gerade von einer Oase des Glücks gesprochen. Und ich stelle fest, und im Saal hier werden das alle bestätigen: Wir leben in einem der freiheitlichsten Länder und gleichzeitig in einem der sichersten, der wohlhabendsten – auch wenn der Wohlstand nicht so verteilt ist, wie wir uns das im besseren Fall wünschen. Aber es hungert niemand auf der Straße, wenn ich das so sagen darf. Wir haben eine niedrige Arbeitslosigkeit, wir haben keine Jugendarbeitslosigkeit. Wenn ich über unsere Staatsgrenzen schaue, dann sieht es in Europa ganz anders aus. Für mich ist nicht nachvollziehbar, warum es nicht möglich ist, verständlich zu vermitteln: Das muss irgendwo organisiert worden sein, das fällt ja nicht vom Himmel. Die Bedingungen dafür setzt nun mal die Politik, und Politik wird von Politikern gemacht. Wie erklären Sie sich diese Schere: Dass die Menschen zwar auf der einen Seite diese Vorteile nutzen und sich dessen hoffentlich auch bewusst sind – manchmal zweifle ich ein bisschen dran –, aber auf der anderen Seite nicht weiter darüber nachdenken, wer eigentlich dafür verantwortlich ist? Die Bedingungen werden nun mal von der Politik gesetzt. Wie ist es da erklärbar, dass viele Menschen glauben, dass wir, die wir hier sitzen, aus dem Volk gewählt sind, die wir vorher normale Berufe ausgeübt haben, plötzlich über Nacht mit dem Mandat zu absolut egoistischen, korrupten und absolut eigennützigem Menschen mutieren, die mit den anderen gar nichts mehr zu tun haben wollen, sodass sie dann auch nicht mehr zu unseren Veranstaltungen kommen? Wir sitzen dann vor 10, 15 Menschen. Ich kann mich erinnern an Zeiten, als Sie im Amt waren, als Willy Brandt im Amt war, da waren die Wirtshäuser voll, wenn wir zu politischen Themen und Diskussionen eingeladen haben. Warum ist da diese Schere und wie bringen wir diese Schere weg?

Gerhart Baum: Da wir alle diese Frage noch im Ohr haben, fange ich damit an. Ich finde, die Frage ist sehr berechtigt. Ich sage mal: Wir werden gut regiert, *grosso modo* werden wir gut regiert – oder? Es gibt Leute, die wir gerne abwählen wollen; es gibt Leute, die wir nicht wählen wollen, aber das Land ist in Ordnung – selbst wenn sich jetzt manche merkwürdige Erscheinungen am Rande auftun. Ich bin aber überzeugt, auch damit werden wir fertig, wenn wir es richtig machen.

– Was ist da also passiert? Sie haben vollkommen recht: Etwas hat sich im Lauf der Jahre gegen die Politiker aufgestaut. Da gibt es natürlich Dinge, die die Leute furchtbar ärgern, die aber mit Politik nichts zu tun haben, zum Beispiel das Verhalten von Managern. Die Situation: Volkswagen muss so und so viel Zehntausend Arbeitsplätze wegnehmen, aber die Boni werden weitergezahlt. Diese herausragenden Beispiele von Ungerechtigkeit oder diese Gier, die in der Gesellschaft da ist, aber auch der Neid sind gewachsen. Wenn Sie sich genau angucken, was da mit Pegida los ist – da sind Leute, im Grunde gut situierte Rentner, die da stehen und neidisch sind auf andere. Ja, sie sind sogar neidisch auf Flüchtlinge in den Lagern, die da doch nicht gerade komfortabel leben. Ich bin kein Psychologe, aber man müsste psychologisch an diese Phänomene herangehen, was ja auch viele Leute tun. Was wir Politiker machen können, ist verbunden mit dem Wort „Vertrauen“. Wir müssen Vertrauen bilden. Gerade in einer Situation, wo komplexe Zusammenhänge nicht mehr durchschaubar sind. Ich gebe Ihnen gerne meine Erfahrung wieder. Als ich noch in der Fraktion war, habe ich bestimmte Dinge, über die ich abstimmen musste, nicht durchschaut. Ich habe mich auf den oder die Kollegen verlassen, die mir gesagt haben: Das kannst du machen, wir haben das geprüft. Dieses Vertrauen muss da sein: Diese Menschen vertreten unser Land, unsere Interessen, sie haben das Mandat, das zu tun, und wir vertrauen ihnen. Vertrauen aufbauen, Glaubwürdigkeit aufbauen, ehrlich sein, keine falschen Wahlversprechungen machen. Die Politiker machen Versprechungen. Ich habe mir immer gedacht: Die Leute glauben doch gar nicht, dass das kommt. Wie kann man zum Beispiel – ich denke auch an meine Partei – Versprechungen machen, von denen ich ganz genau weiß, dass ich dafür niemals einen Partner im Deutschen Bundestag finde? Die Leute müssen doch sagen: Warum versprichst du uns, dass du dafür kämpfen wirst, wenn du ganz genau weißt, dass du den Mindestlohn nicht mehr abschaffen kannst?

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber da haben wir doch im Grunde auch eine asymmetrische Kriegsführung oder zumindest Wahlkampfführung: Es reicht doch einer oder eine Partei, die diese Versprechen macht, und dann geraten die anderen mit der Ehrlichkeit ins massive Hintertreffen.

Gerhart Baum: Ich habe meine Zweifel, ob die Leute auf diese Versprechen hin ihre Wahlentscheidungen treffen. Ich möchte mal wissen, wie viele an der Aussage der CSU zur Maut ihre Wahlentscheidung festgemacht haben. Ob das so eine wichtige Frage war? Ich glaube, dass die Leute sich die Politiker ansehen. Ich habe erlebt, dass Menschen das Verhalten der Politiker vor der Kamera anvisiert haben. Ist der sicher bei seinen Argumenten? Wie sieht er aus? Wie ist seine

Körpersprache? Es ist nicht allein, was er gesagt hat, sondern wie er es gesagt hat. Es ist nicht die einzelne Frage. Wenn die Politiker glauben, sie könnten mit Wohltaten das Land überschütten und dann würden sie gewählt – ich halte das für falsch. Viele Leute durchschauen das auch. Vor allen Dingen werden sie sagen: Das müssen wir ja alles selber bezahlen, was der uns verspricht. Diese Art der Wahlkampf-führung ist übrigens ein Teil – muss ein Teil der Diagnose unserer Unsicherheit sein.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wobei wir ja gerade in den USA erlebt haben, dass man mit den abstrusesten Versprechungen Wahlen gewinnen kann.

Gerhart Baum: Der Sanders, der ja nun ein erklärter Gegner von Trump ist – wie wir alle wissen –, hat gesagt: Die Leute hat das überhaupt nicht interessiert, was der über Rassismus gesagt hat oder Mexikaner. Ihre eigene Lebenssituation hat sie interessiert: Dass sie ihre Häuser verloren haben, dass sie in einer Situation sind, wo sie nicht nur abstiegsgefährdet sind, sondern schon abgestiegen sind. Übrigens befinden sich in unserem Land 25 Prozent in Niedriglohngruppen. Das darf man auch nicht vergessen. Aber wir haben nicht eine solche Spaltung der Gesellschaft zwischen arm und reich wie in Amerika. Wenn alle Analytiker sagen – das ist das Hauptargument gewesen –, dass die abstiegsgefährdete Mittelschicht gesagt hat: Jetzt ist Schluss. Wir wollen nicht diese Frau aus dem alten Establishment. Wir wollen jemand, der sagt: Ich ändere das. Und der mag so unglaublich sein wie nur was – er ist selber Milliardär –, der mag lügen, was das Zeug hält, aber er hat ein Gefühl vermittelt von Aufbruch, von Veränderung.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wir hatten noch die Frage nach der Digitalisierung und die Frage, ob die Politiker diesen Herausforderungen gewachsen sind.

Gerhart Baum: Im Moment gar nicht, würde ich sagen. Gucken Sie sich mal die Bundesregierung an: Wer nimmt sich dieses Themas wirklich an? Wer sagt zum Beispiel in der Bundesregierung heute noch, dass wir Konsequenzen daraus ziehen müssen, was Snowden uns gesagt hat. Wir werden ausgespäht durch einen amerikanischen Dienst, die NSA. Der hat 30 000 oder 40 000 Mitarbeiter und nur ein einziges Ziel: alle Informationen zu sammeln, die er irgendwo bekommt. Er verletzt damit unsere Souveränität, er verletzt unsere Rechtsordnung, er führt sich hier auf, als seien wir ein rechtsfreier Raum. Aber von der Bundesregierung höre ich nichts mehr dazu. Ich habe mit Snowden in Moskau gesprochen. Das ist ein ehrenwerter Mann. Dem geht es um nichts anderes als um diese Werte. Er verteidigt unsere Werte. Ein ganz ernsthafter, junger Mann, der computerfixiert

ist. Er kam ins Hotel mit einem Computer unterm Arm. Der macht den ganzen Tag Arbeit im Internet. Aber er hat etwas gemacht, was eben aufgerüttelt hat. Wir haben seitdem eine andere Sicht auf die Datensammlung.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber Ihr Punkt ist, dass das nicht zur Kenntnis genommen wird und dass Edward Snowden zum Beispiel von deutschen Politikern nicht zur Kenntnis genommen wird?

Gerhart Baum: Die Konsequenzen werden nicht gezogen. Er ist sehr zur Kenntnis genommen worden, insbesondere von der Öffentlichkeit. Es ist jetzt ein Dokumentarfilm gezeigt worden, den ich sehr gut finde, von einer amerikanischen Regisseurin: Citizenfour, von Laura Poitras, die eine Dokumentation über Snowden gemacht hat. – Aber zurück zu Ihrer Frage: Das Thema spielt auch auf Parteitag gar keine Rolle. Es ist kein Thema, obwohl es die Menschen doch irgendwo erreicht hat. Sie müssen nur eine Zeitung aufschlagen. Jeden Tag steht irgendwo etwas über die Veränderung, die das Internet mit uns macht. Und ich finde, dass die verantwortlichen Politiker eher abwehrend tätig sind. Auf der CEBIT wird immer gepriesen, welche wunderbaren Wachstumschancen damit verbunden sind – die sind tatsächlich damit verbunden, aber man muss auch die Gefahren sehen. Wir werden zu gläsernen Menschen und ich sage Ihnen: Das wird eines Tages ein großes Thema werden. Und wer das richtig erkennt, der hat die Nase vorn.

Prof. Dr. Ursula Münch: Dann gab es noch die Frage nach – oder es war mehr ein Plädoyer für – die Komplexität. Ich glaube, das können wir fast unkommentiert lassen, Herr Seitschek. Aber Sie hatten auch noch die Frage nach der Fokussierung auf den unteren Mittelstand als Problem benannt.

Gerhart Baum: Prüfen wir uns doch mal selber: Haben wir uns in den letzten Jahren mit diesem Thema auseinandergesetzt? Haben wir wahrgenommen, dass in unserer Gesellschaft Menschen leben, die sich vergessen fühlen, abgehängt fühlen, nicht gefragt fühlen, nicht betreut fühlen in ihrer Lebenssituation? Wir haben gesagt: Wir haben einen perfekten Sozialstaat – einen wuchernden Sozialstaat. Da gibt es sicherlich Wucherungen und das ist eine falsche Entwicklung. Aber dass hier Menschen leben, die Angst haben vor der Zukunft und zum Teil auch berechtigte Angst vor der Zukunft haben, das war doch kein Thema.

Prof. Dr. Ursula Münch: Wir haben es erst zur Kenntnis genommen, seit sich diese Wählerschicht wieder hat mobilisieren lassen. Bis dahin haben wir Sonntagabends nach den Wahlen doch nur beklagt, wie bedauerlich die niedrige

Wahlbeteiligung ist. Aber dann hat diese Personengruppe, diese Wählergruppe, sich mobilisieren lassen und auf einmal merkt man Resonanz.

Gerhart Baum: Jetzt sind wir mitten im Thema. Wir dürfen es nur nicht vergessen, wir müssen dieses Thema offensiv aufnehmen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Aber dann ist es doch auch kein Wunder, wenn diese Wähler sagen: Na ja, jetzt auf einmal interessiert ihr euch, weil wir die Falschen wählen.

Gerhart Baum: Sie können auch sagen: Wir haben euch mobilisiert. Jetzt sind wir zufrieden. Jetzt habt ihr das Thema begriffen. Könnte ja auch eine Folge sein. Es sind ja nicht alle Wähler dieser neuen Partei mit allen Zielen dieser Partei einverstanden. Wie alle Umfragen sagen: Sie wollten aufrütteln. Ein Teil jedenfalls, ich will das nicht verharmlosen. Ich weiß auch nicht, ob die zurückkommen.

Prof. Dr. Ursula Münch: Und damit, Herr Baum, haben Sie das Stichwort wieder gegeben: die Mobilisierung der Demokratie. Ich habe die erste Frage, die ja eher an mich gerichtet war, nicht vergessen. – Ja, ich kann Sie beruhigen, genau das macht die Akademie für Politische Bildung. Wenn Sie nachher rausgehen, dann sehen Sie auch, dass wir die eine oder andere Publikation aufgelegt haben. Natürlich gehen wir auch in die Schulen, auch wenn das nicht unser genuiner Auftrag ist. Genau aus diesem Grund nehmen Lehrerinnen und Lehrer – auch heute Abend – an unseren Veranstaltungen teil, weil wir genau das vermitteln: Dass die Mobilisierung zur Demokratie nicht erst dann anfängt, wenn die Leute tatsächlich oder vermeintlich das Falsche wählen.

Gerhart Baum: Ich möchte dazu ergänzen – vielleicht bin ich zu optimistisch – : Ich setze auf einen gewissen Trump-Effekt. Manchmal müssen die Leute wirklich erst erschrecken. Brexit war schon ein bisschen erschreckend. Ich habe jetzt festgestellt, dass Leute anfangen, zu fragen: Soll man nicht in einer Partei mitwirken? Das ist ein ganz neuer Trend. Das ist übrigens auch eine Möglichkeit, die Demokratie zu stärken: in eine Partei zu gehen und dort zu arbeiten. Ich weiß nicht, ob das in Österreich bei Hofer und van der Bellen eine gewisse Rolle gespielt hat: dass die Menschen sehen, dass Europa in Gefahr ist, dass die Gefahren sichtbar werden und sie dadurch mobilisiert werden. Aber die Erfahrung, die Sie geschildert haben – dass keiner was fragt –, das ist so. Erschreckend.

Frau Professor Dr. Ursula Münch: Herr Baum, ganz herzlichen Dank für einen anregenden Vortrag und eine sehr anregende Diskussion. Ich bedanke mich bei Ihnen, die Sie da waren, da sind, für Ihre Beiträge. Und in erster Linie, liebe Frau Vizepräsidentin, lieber Herr Vizepräsident, bedanke ich mich beim Bayerischen Landtag, bei Ihnen beiden, für Ihre Gastfreundschaft und dafür, dass wir jetzt auch noch etwas zu essen und zu trinken bekommen. Ich wünsche Ihnen einen vergnüglichen Abend, anregende Gespräche. Herzlichen Dank.



Landtagsvizepräsidentin Inge Aures | Gerhart Baum, Bundesminister a.D. | Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung, Tutzing



Vortrag von Gerhart Baum, Bundesminister a.D.



Herausgeber

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1

82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Bayerischer Landtag

Maximilianeum

Max-Planck-Straße 1

81675 München

www.bayern.landtag.de